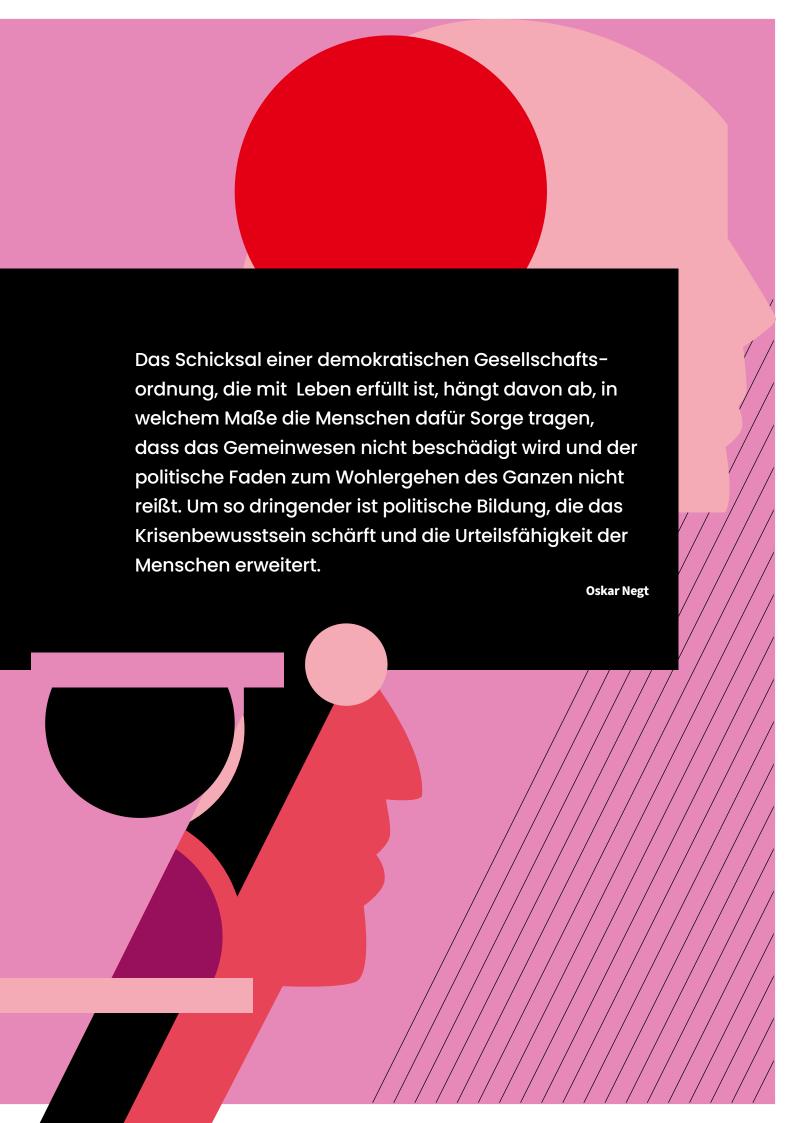


DGB BILDUNGS WERK

METHODENHEFT
FÜR DIE POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

MENSCHEN-RECHTE IN GLOBALEN LIEFERKETTEN



Eine Publikation des Projekts

www.gute-arbeit-weltweit.de

Impressum

DGB Bildungswerk e. V. Franz-Rennefeld-Weg 5 40472 Düsseldorf

Vorsitzende: Elke Hannack Geschäftsführung: Claudia Meyer Amtsgericht Düsseldorf VR 5046 V. i. S. d. P.: André Edelhoff Projektleitung: Valerie Franze

Methodenkonzeption und Entwicklung Materialien: Sonja Gündüz

Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms

Layout: VOIGT.GRAFIK, Düsseldorf; www.voigtgrafik.de

Tel.: +49 (0) 211 4301-329 Fax: +49 (0) 211 4301-500

E-Mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

Web: www.dgb-bildungswerk.de

www.nord-sued-netz.de Düsseldorf 2025, 1. Auflage ISBN 978-3-949628-03-0

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

@ CC BY-NC-SA

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



INHALT

Wir stellen uns			
und dieses Heft vor	6		
Methode 1	8		
Südfrüchte, Mode und			
E-Mobilität: Wer zahlt für			
unseren Lebensstil?			
Menschenrechtsverletzungen und		Anhang A	23
ihre Ursachen I Kleingruppenarbeit		MATERIALIEN	
und Plenumsdiskussion		ZU METHODE 1	
Methode 2	12	Arbeitsblätter und Material	
Der Betriebsrat auf		für die Gruppenarbeit	25
Studienreise: Wie lassen		Handout Menschenrechte Handout Abschlussdiskussion	38 40
sich Menschenrechte		Handout Abstitussdiskussion	70
weltweit durchsetzen?		Anhang B	44
Menschenrechte sichern I		MATERIALIEN	
Stationenlernen		ZU METHODE 2	
		Aufgabenblätter und	
Methode 3	16	Material für die Stationen	45
Am runden Tisch		Stellwand für die Abschlussdiskussion Handout Instrumente zur	87
bei "Supermoda":		Durchsetzung von Menschenrechten	88
Menschenrechts-		_	
verletzungen beim		Anhang C	91
Zulieferer		MATERIALIEN	
Akteur*innen, Interessen, Verhandlungen I Rollenspiel		ZU METHODE 3	
vernandungen i Kottenspiet		Rollen- und Tischkarten	92
Methode 4	20	Aktionskarten	100
Aktiv werden: Handeln		Anhang D	103
im privaten, beruflichen		•	100
und gewerkschaftlichen		MATERIALIEN ZU METHODE 4	
Umfeld!			
Global denken, lokal handeln I		Arbeitsblätter für die Gruppenarbeitsphasen:	
Zukunftswerkstatt		Problemanalyse, Utopien,	
		Lösungsansätze	104

Wir stellen uns vor

Für viele Arbeitnehmer*innen ist es die Realität: Die Löhne sind niedrig, oft nicht existenzsichernd. Arbeitsund Umweltschutz sind mangelhaft, Arbeitnehmendenrechte fehlen oder werden nicht geschützt. Wer sich gewerkschaftlich organisiert, muss damit rechnen, entlassen und verfolgt zu werden. Das gilt besonders in vielen Ländern des Globalen Südens. Aber auch im Globalen Norden werden die hart erkämpften Rechte und sozialen Errungenschaften zunehmend im internationalen Standortpoker verspielt. Dagegen hilft nur, sich weltweit zu vernetzen und grenzüberschreitend zu handeln

Wer wir sind

Das **Nord-Süd-Netz** ist im DGB Bildungswerk für die entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit zuständig. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen- und Gewerkschaftsrechte, soziale Mindeststandards und nachhaltiges Wirtschaften weltweit erhalten und ausgebaut werden.

Dazu arbeiten wir mit Gewerkschaftsprojekten und Initiativen in Lateinamerika, Asien und Afrika zusammen.

In Deutschland sind wir mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Entwicklungszusammenarbeit zum fachlichen Austausch und zur entwicklungspolitischen Lobbyarbeit vernetzt.

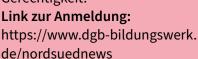
Das Projekt "Gute Arbeit weltweit"

Im Rahmen des Projekts "Gute Arbeit weltweit" informieren wir über internationale Gewerkschaftsarbeit, soziale Gerechtigkeit und Globalisierung und bieten Bildungsurlaube zu diesen Themen an.

Mit den NORDSÜD NEWS geben wir dreimal im Jahr einen Überblick über aktuelle Schwerpunkte wie "Sorgearbeit weltweit", "Feministische Entwicklungszusammenarbeit" oder "Verteidigung der Demokratie". Zu unseren Themenheften wie "Unternehmensverantwortung weltweit – Potenzial des Lieferkettengesetzes für die Gewerkschaftsarbeit" tragen regelmäßig Autor*innen aus der Wissenschaft, aus Gewerkschaften und aus der Zivilgesellschaft bei.

NORDSÜD NEWS

Melde Dich an und bleib auf dem Laufenden über die wichtigsten internationalen Gewerkschaftsthemen im Kampf für soziale Gerechtigkeit! Link zur Anmeldung:





THEMENHEFT

Unternehmensverantwortung weltweit – Potenzial des Lieferkettengesetzes für die Gewerkschaftsarbeit Link zur Bestellung: https://www.dgb-bildungswerk. de/unternehmensverantwortung



Unsere politische Bildungsarbeit

Mit unserer Bildungsarbeit im Projekt "Gute Arbeit weltweit" wollen wir aufzeigen, dass aktuelle Herausforderungen wie Klimawandel, Armut, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit globale Dimensionen haben und global betrachtet werden müssen. Wir vermitteln transnationale Zusammenhänge, insbesondere zwischen Globalem Süden und Norden und hinterfragen gesellschaftliche Verhältnisse und Machtstrukturen sowie deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vor allem im Globalen Süden.

In unseren Seminaren gestalten wir Lernprozesse interaktiv und gemeinsam mit den Lernenden. Wir gehen davon aus, dass Lernen ein sozial gebundener Prozess ist: Lernende erfassen und interpretieren Neues vor dem Hintergrund vorhandenen Wissens und vorhandener Erfahrungen und konstruieren darauf aufbauend neues Wissen. Wir begleiten diesen Prozess.

Unser Ziel ist es, die Teilnehmenden dabei zu unterstützen, sich selbstständig und kritisch mit gesellschaftlichen (Macht-)Verhältnissen und der eigenen Rolle darin auseinanderzusetzen, eigene Positionen zu entwickeln und diese sachlich-argumentativ in Diskussionen einzubringen sowie in eigene Handlungsentscheidungen einfließen zu lassen.

Dieses Heft

Die wirtschaftliche und politische Globalisierung ist bereits weit fortgeschritten und geht ungebremst weiter. Daran ändern auch neuere geopolitische Entwicklungen grundsätzlich nichts, wenngleich sie die Schwerpunkte der Abhängigkeiten verschieben können. Internationale Abkommen und Institutionen haben Freihandel zum vorherrschenden Konzept gemacht, komplexe globale Lieferketten sind entstanden. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Verletzung von Menschenrechten sind dabei die Regel und nicht die Ausnahme.

Gleichzeitig sind Institutionen aufgebaut und Instrumente entwickelt worden, um soziale Gerechtigkeit und Arbeitsrechte in der globalisierten Wirtschaft zu fördern und durchzusetzen. Ein neuerer Trend sind nationale Gesetze, die Unternehmen zu menschenrechtlicher Sorgfalt in ihren Lieferketten verpflichten. In Deutschland eröffnet das Lieferkettengesetz zivilgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und betrieblichen Akteur*innen neue Möglichkeiten, sich weltweit für Menschenrechte einzusetzen.

Für die politische Bildungsarbeit in diesem Kontext haben wir das Methodenheft "Menschenrechte in globalen Lieferketten" entwickelt.

Die Methoden

Das Methodenheft umfasst vier Methoden, die entweder einzeln oder aufeinander aufbauend umgesetzt werden können. Im Rahmen dieser Methoden werden Menschenrechtsverletzungen und ihre Ursachen thematisiert. Beispielhaft wird hier entlang von Lieferketten gearbeitet, die eine Relevanz für die eigene Alltagsgestaltung haben. Darauf aufbauend werden Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten diskutiert und konkrete Handlungsansätze im betrieblichen, gewerkschaftlichen und persönlichen Umfeld erarbeitet.

Die Methoden sind alle interaktiv gestaltet. Mit ihnen werden themenspezifische (Fach-)Kenntnisse vermittelt, Orte des politischen Austauschs geschaffen und Räume eröffnet, die eigene Position zu reflektieren und Ideen zu entwickeln, um die Zukunft selbstwirksam mitzugestalten.

Die Methoden und ihre jeweiligen Lernziele werden einzeln in Ablauf und Zeitplanung beschrieben. Zudem stellen wir im Anhang das dazugehörige Arbeitsmaterial zur Verfügung. Einzelne Komponenten, z. B. Videos, sind verlinkt. Sie müssen im Internet abgerufen werden.

Dabei verzichten wir weitgehend auf Hinweise zu Anzahl und Dauer von Pausen, Methoden der Gruppeneinteilungen oder etwa zu möglichen Kombinationen mit weiteren Übungen, zum Beispiel zur Reflexion, da die Detailplanung immer von den Rahmenbedingungen, den spezifischen Zielen und der Teilnehmendenstruktur abhängt.

Für die Durchführung der Methoden sind Erfahrung in der Bildungsarbeit und Vorkenntnisse bzw. die Einarbeitung in das Thema Menschenrechte und globale Lieferketten notwendig.

Vorkenntnisse der Teilnehmenden sind vorteilhaft, aber nicht zwingend.

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND IHRE URSACHEN

Kleingruppenarbeit und Plenumsdiskussion Dauer ca. 3 Stunden 9–18 Teilnehmende

MENSCHENRECHTE SICHERN

Stationenlernen
Dauer ca. 4 Stunden
6–20 Teilnehmende

AKTEUR*INNEN, INTERESSEN, VERHANDLUNGEN

Rollenspiel

Dauer ca. 2 Stunden

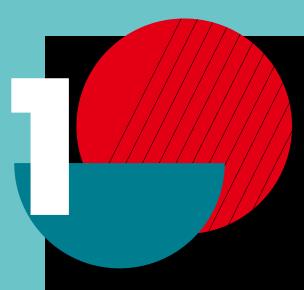
Mindestens 14 Teilnehmende

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

Zukunftswerkstatt

Dauer ca. 6 Stunden

Mindestens 8 Teilnehmende



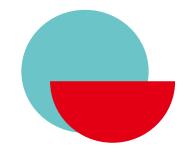
MENSCHEN-RECHTS-VERLETZUNGEN UND IHRE URSACHEN

KLEINGRUPPENARBEIT UND PLENUMSDISKUSSION

DAUER CA. 3 1/2 STUNDEN

9 BIS 18 TEILNEHMENDE

Südfrüchte, Mode und E-Mobilität: Wer zahlt für unseren Lebensstil?



DIE METHODE:

Die Methode eignet sich für die Vertiefung von Kenntnissen zu Menschenrechten in globalen Lieferketten. In drei Kleingruppen arbeiten die Teilnehmenden zu einem der Sektoren Ernährung, Bekleidung und Bergbau. Anhand unterschiedlicher Medien sammeln sie Informationen zu Arbeitsbedingungen und Verletzungen von Arbeits-, Gesundheits- und Umweltrechten sowie zur Verteilung von Wertschöpfung in globalen Lieferketten. Die Kleingruppen stellen ihre Ergebnisse im Plenum vor und diskutieren Ursachen für Menschenrechtsverbrechen.

Ihr braucht **3 Stunden**, davon sind 15 Minuten Einführung, 90 Minuten Gruppenarbeit, 45 Minuten gemeinsame Präsentation der Ergebnisse und eine Stunde für die Abschlussdiskussion. Ihr könnt die Übung also gut an einem Vormittag durchführen.

Idealerweise nehmen zwischen **9 und 18 Personen** teil, weil in drei Kleingruppen gearbeitet werden soll.

DIE ZIELE:

- Menschenrechte kennen, benennen und einordnen
- Beschreiben, welche Menschenrechte häufig verletzt werden und wen dies betrifft
- Wissen, wer Menschenrechte verletzt, wer sie schützen und durchsetzen kann
- Reflektieren, wie Wertschöpfung und Gewinne in internationalen Lieferketten verteilt sind und wie Globaler Süden und Norden zusammenhängen
- Strukturelle Ursachen für Menschenrechtsverletzungen ableiten

RAUM UND MATERIAL:

Gearbeitet wird in drei Kleingruppen, deshalb braucht man drei Räume. Jede Gruppe erhält von der Seminarleitung folgende Materialien:

- Möglichkeit zum Abspielen von Videos
- Arbeitsblätter und Arbeitsmaterialien wie Artikel, Fotos oder Grafiken und Videos
- Karteikarten, Papierbögen, ausreichend Filzstifte
- · Ggf. das Handout "Menschenrechte"

Für die Gruppenpräsentationen und die Abschlussdiskussion im Seminarraum bereitet die Seminarleitung zwei Stellwände vor: Auf eine pinnt sie oben Karten mit den Überschriften Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz, Umweltschutz, Kollektivrechte/Rechte von Gemeinden. Auf der anderen ist Platz für die Ergebnisse der Abschlussdiskussion.

Die Seminarleitung braucht außerdem:

- Handout "Menschenrechte" (Anhang, S. 38/39)
- Handout zur Abschlussdiskussion (Anhang, S. 40 ff.)
- ► Hier geht es zum Arbeitsmaterial im Anhang ab Seite 24.

ABLAUF:

Schritt 1:

Die Seminarleitung teilt die Teilnehmenden in drei Gruppen ein und erklärt die Aufgabe. Etwa so:

"In der Gruppenarbeit befasst Ihr Euch jeweils mit einer bestimmten Lieferkette, die Gruppe Landwirtschaft und Ernährung schaut sich die von Südfrüchten an, die Gruppe Textil- und Lederindustrie die von Textilien, die Gruppe Bergbau recherchiert und diskutiert am Beispiel von Kupfer und Bauxit, wo die Rohstoffe für die Transformation herkommen.

Dazu findet Ihr auf Euren Tischen jeweils ein Arbeitsblatt mit Leitfragen und unterschiedliche Materialien. Beantwortet bitte die Fragen und notiert doch bitte die konkreten Menschenrechte, die in Eurer Lieferkette verletzt werden, einzeln auf Karten. In anderthalb Stunden kommen wir wieder zusammen und Ihr stellt Eure Ergebnisse vor. Das sollte nicht länger als 10 Minuten pro Gruppe dauern.

Wie Ihr Eure Ergebnisse präsentiert, bleibt Euch überlassen. Ihr bekommt Papierbogen, Karten und Stifte. Wenn Ihr Fragen habt, wendet Euch an mich oder uns."

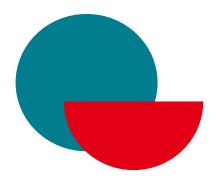
Je nach Vorwissen der Teilnehmenden kann die Seminarleitung das Handout "Menschenrechte" als Hilfestellung mitgeben. Darin wird kurz erläutert, was Menschenrechte sind, wie insbesondere Arbeitsrechte international verankert sind und wer Pflichten- und Rechtetragende sind. Zudem sind einige wichtige Rechte in Bezug auf Arbeit dargestellt (Anhang, S. 38/39).

Schritt 2: Gruppenarbeit

Schritt 3:

Die Gruppen präsentieren ihre Ergebnisse im Plenum.

Jede Gruppe stellt in nicht mehr als zehn Minuten vor, was sie erarbeitet hat, und pinnt die Karten mit den Menschenrechtsverletzungen passend unter die Überschriften an die Stellwand, also unter Arbeitsrechte, Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Kollektivrechte. Verständnisfragen können nach jeder Präsentation gestellt werden. Die Seminarleitung kann nachhaken, wenn wichtige Punkte nicht genannt wurden.



Schritt 4:

Zum Abschluss diskutieren alle gemeinsam. Zu klärende Fragen sind zunächst:

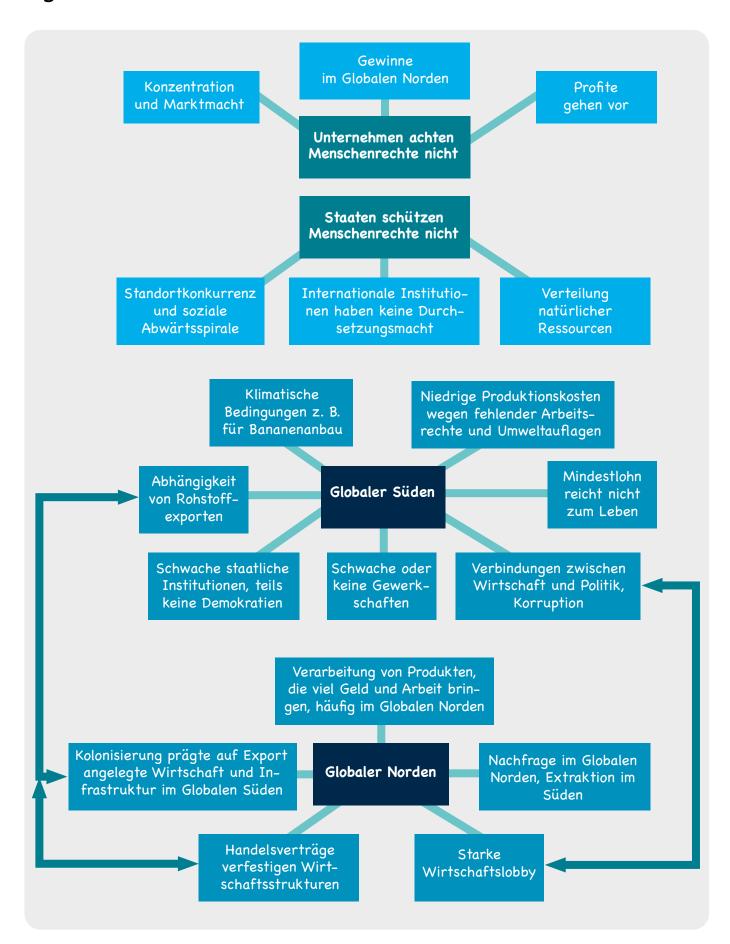
Wessen Rechte wurden in den Beispielen verletzt und durch wen? Inwiefern unterscheiden oder ähneln sich diese Beispiele, wie ist das in verschiedenen Sektoren, auf verschiedenen Kontinenten?

Davon ausgehend können dann die Ursachen für Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten diskutiert werden:

Wer sollte in unseren Beispielen verantwortlich für die Durchsetzung von Arbeits- und Umweltrechten sein? Betriebe? Nationalstaaten? Internationale Institutionen? Warum schützen bzw. erfüllen die verantwortlichen Akteur*innen die Menschenrechte nicht? Welchen Einfluss haben Unternehmen und wirtschaftliche Eliten auf politische Entscheidungen?

Wichtige Punkte aus der Diskussion schreibt die Seminarleitung während der Diskussion auf Kärtchen und pinnt sie an die Stellwand (siehe S. 11). Mögliche Themen bei der Diskussion sind im Handout zur Abschlussdiskussion beschrieben (Anhang, S. 40 ff.). Die Seminarleitung kann das Handout am Ende an Teilnehmende weitergeben.

Ergebnisse der Abschlussdiskussion könnten auf einer Stellwand so stehen:



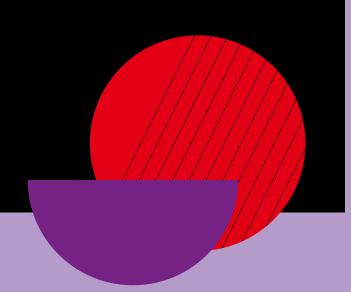


MENSCHEN-RECHTE SICHERN

STATIONENLERNEN

DAUER CA. 4 1/2 STUNDEN

6 BIS 20 TEILNEHMENDE



Der Betriebsrat auf Studienreise: Wie lassen sich Menschenrechte weltweit durchsetzen?

DIE METHODE:

Die Methode eignet sich, um Organisationen und Instrumente kennenzulernen und zu verstehen, die bei der Durchsetzung von Menschen- und Arbeitsrechten helfen sollen. Die Teilnehmenden durchlaufen dazu 5 Stationen. Diese sind:

- 1. Internationale Standards: In der Internationalen Arbeitsorganisation wurden die Kernarbeitsnormen beschlossen. Damit hat sie menschenwürdige Arbeits- und Sozialstandards im Rahmen der Welthandelsordnung gesetzt. Regierungen, Arbeitgeberund Arbeitnehmendenvertretungen arbeiten hier zusammen und entwickeln Übereinkommen und Empfehlungen zu Rechten bei der Arbeit.
- 2. International Accord: Das Abkommen zwischen Gewerkschaften und internationalen Modekonzernen zielt darauf, die Arbeit in Textilfabriken sicherer zu machen und Gebäudesicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz voranzubringen.
- **3.** Globale Rahmenabkommen: Globale Gewerkschaftsverbände schließen mit transnationalen Konzernen Verträge, um Rechte der Arbeitenden und der Gewerkschaften auch dort durchzusetzen, wo die politischen Bedingungen schwierig sind.

- **4.** Lieferkettengesetze: Diese Gesetze regeln die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in globalen Lieferketten. Betriebsrät*innen haben die Möglichkeit, mitzuwirken.
- **5.** Lokale Widerstände: Organisierung und Proteste von Zivilgesellschaft und Gewerkschaften vor Ort sind grundlegend und können durch internationale Solidarität unterstützt werden.

Ihr braucht insgesamt **rund 4 1/2 Stunden**, davon sind 20 Minuten für die Einführung und 50 Minuten für die Abschlussdiskussion vorgesehen. An jeder Station verbringen die Teilnehmenden maximal 35 Minuten und haben 5 Minuten Zeit, die Station zu wechseln.

Es müssen **mindestens 6 Personen** teilnehmen, die 2 Gruppen bilden. Maximal können **4 Gruppen zu je 5 Personen** gebildet werden. Jede Gruppe durchläuft einzeln alle 5 Stationen.

DIE ZIELE:

- Akteur*innen sowie Instrumente und Organisationen zur Durchsetzung von Menschenrechten benennen und einordnen
- Reflektieren, welche Instrumente welche Reichweite und Durchschlagskraft haben
- Verbinden, welche Akteur*innen zusammenarbeiten können, und entscheiden, welche Instrumente angewendet werden können

RAUM UND MATERIAL:

Die Teilnehmenden werden in bis zu 4 Gruppen eingeteilt. Jede Gruppe löst an 5 Stationen jeweils eine Aufgabe, um das Lösungswort zu finden. Für jede Station braucht Ihr einen Raum oder eine Arbeitsecke, die auch ein Platz im Freien sein kann.

Die Gruppen erhalten von der Seminarleitung Ausdrucke der Aufgabenblätter. Am besten bekommen alle Gruppen jeweils eine Kopie der an den verschiedenen Stationen benötigten Aufgabenblätter, oder die Seminarleitung teilt sie jeweils beim Wechsel zur nächsten Station aus.

Die Seminarleitung braucht außerdem:

Hintergrundtexte und Videomaterial, die sie vor Beginn auf die Stationen verteilt. Im Einzelnen sind das für:

- Station 1 Internationale Arbeitsorganisation, Genf: Lückentext "Wächterin der Gewerkschaftsrechte"
- Station 2 International Accord, Genf: Videointerview mit Alke Bössiger von UNI Global Union und ein Multiple-Choice-Quiz
- Station 3 Globale Rahmenabkommen, Dhaka: Interview mit Nazma Akter von der Awaaj Foundation, Studie zu globalen Rahmenabkommen im "Böckler Impuls" (2/2024) und ein Kreuzworträtsel
- Station 4 Lieferkettengesetz, Berlin: Factsheet, Interview mit Steffen Vogel von Oxfam Deutschland und ein Dominospiel
- Station 5 Lokale Widerstände, Intag: Artikel zu Widerstand im Bergbau und Multiple-Choice-Quiz
- Die Lösungswörter für die Stationen (Anhang, S. 86)
- Eine Stellwand mit den fünf Fragen für die Abschlussdiskussion (siehe Anhang, S. 87).
- Das Handout "Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten". Es wird am Ende als Ergebnissicherung für ihre eigenen Unterlagen an die Teilnehmenden verteilt (Anhang, S. 88 ff.).
- ► Hier geht es zum Arbeitsmaterial im Anhang ab Seite 44.

ABLAUF:

Schritt 1:

Die Seminarleitung teilt die Teilnehmenden in 2 bis 4 Gruppen von bestenfalls 3 bis 4 Personen ein und erklärt die dazugehörige Geschichte.

Etwa so:

"Ihr habt als Betriebsrat erfahren, dass es in einem Zulieferunternehmen Menschenrechtsverletzungen und Umweltsünden gibt. Ihr habt deshalb um einen runden Tisch mit Eurem Vorstand gebeten. Nur: Ihr habt zwar jede Menge Ahnung von den arbeitsrechtlichen Themen in Eurem Betrieb, aber von internationalen Regelungen? – Na ja, Ihr habt schon mal was davon gehört. Nun wollt Ihr gut vorbereitet in dieses Meeting gehen, beantragt Fördergelder für eine Reise in die Welt der Organisationen und Instrumente, die zur Durchsetzung von Menschen- und Arbeitsrechten geschaffen wurden. Das klappt. Also geht es los. Die Studienreise führt Euch an fünf verschiedene Orte. Dort habt Ihr jeweils die Chance, mehr über eine bestimmte Organisation oder ein Instrument zu erfahren. Findet heraus, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, welche Strukturen Ihr nutzen und mit welchen Akteur*innen Ihr Fuch verbünden könnt!

Ihr durchlauft fünf Stationen. Ihr dürft erst dann weiterreisen, also kommt erst dann eine Station weiter, wenn Ihr eine Aufgabe erfüllt und das Lösungswort herausgefunden habt. Mit der Lösung kommt Ihr zu mir und erfahrt, wohin Euch die Reise als Nächstes führt. Ihr habt pro Station maximal 35 Minuten. Solltet Ihr bis dahin nicht auf das Lösungswort gekommen sein, kommt bitte trotzdem zu mir. Ich kann euch dann auf Eurer Reise unterstützen. Und, sehr wichtig, nehmt am Ende immer Eure ausgefüllten Arbeitsblätter mit, damit die folgende Gruppe die Lösungen nicht sieht. Wenn Ihr an einer Station Fragen habt, meldet Euch bei mir.



Zum Abschluss sammeln wir gemeinsam Informationen zu den Fragen, die Ihr hier auf der Stellwand seht. Welche Ziele werden jeweils verfolgt, wie wird gearbeitet und welche Akteur*innen sind wie beteiligt? Welche Rechte sollen durchgesetzt werden und welche Durchsetzungskraft hat das Instrument oder die Organisation? Was erfahrt Ihr über die Entstehung der Instrumente? Ihr müsst Euch diese Frage jetzt noch nicht merken. Ihr habt im Anschluss noch mal die Gelegenheit, Euch in Eurer Kleingruppe dazu Gedanken zu machen."

Schritt 2:

Jede Gruppe startet an einer anderen Station und durchläuft dann alle fünf Stationen.

Wenn sie ein Lösungswort herausgefunden hat, wendet sie sich an die Seminarleitung, die dann koordiniert, wo die Gruppe weitermachen kann, ohne den anderen in die Quere zu kommen.

Schritt 3:

Wenn alle Gruppen durch sind, sammeln sie sich, um über die Ergebnisse zu diskutieren.

Die Leitfragen stehen bereits auf der Stellwand. Die Teilnehmenden sichern ihre Ergebnisse stichpunktartig auf Kärtchen und pinnen sie an die Wand. Das können sie in Murmelgruppen mit den Personen machen, mit denen sie gemeinsam die Stationen durchlaufen haben. Die Systematik ist durch die vorbereitete Stellwand vorgegeben. Im Anschluss an die Murmelgruppen kann die Seminarleitung den Austausch zwischen den Teilnehmenden moderieren und wenn nötig Hilfestellung geben. Sie kann darauf achten, dass auch Stärken und Schwächen der einzelnen Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten diskutiert werden, wie sie zusammenhängen und sich gegenseitig womöglich verstärken.

Am Ende kann die Seminarleitung das Handout, "Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten", an die Teilnehmenden austeilen.

3

AKTEUR*INNEN, INTERESSEN, VERHAND-LUNGEN

ROLLENSPIEL

DAUER CA. 2 STUNDEN

MINDESTENS 14 TEILNEHMENDE

Am runden Tisch bei "Supermoda": Menschenrechtsverletzungen beim Zulieferer

DIE METHODE:

Das Rollenspiel eignet sich zum Kennenlernen von Akteur*innen im Praxisfeld globaler Lieferketten und zum Verstehen ihrer unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen am Beispiel der Textilindustrie, die Kleidung in Massen und hoher Geschwindigkeit produziert, aber die Arbeiter*innen schlecht bezahlt, bei Arbeitsund Gesundheitsschutz spart und die Umwelt belastet.

Da es bei einem Zulieferer von "Supermoda" zu Verstößen gegen Menschenrechte und Umweltschutz gekommen ist, findet ein runder Tisch statt. Es nehmen u. a. Vertreter*innen der Konzernleitung, der Mitarbeiter*innen und Arbeiter*innen des Zulieferers aus Kambodscha teil. Die Seminarteilnehmer*innen denken sich jeweils in eine Rolle ein und versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Dabei vertiefen sie ihr Verständnis von Instrumenten wie dem Lieferkettengesetz, dem International Accord oder globalen Rahmenabkommen, die

sie im Rahmen der vorangegangenen Methoden kennengelernt haben.

Anschließend tauschen sie sich im **Plenum** darüber aus, welche Erfahrungen sie mit ihren Rollen gemacht haben, und diskutieren, mit welchen Strategien Menschenrechtsverletzungen gestoppt werden können.

Ihr braucht **circa 2 Stunden**, davon sind 30 Minuten Einführung und Rollenvorbereitung, 60 Minuten Rollenspiel und 30 Minuten Diskussion. Die Methode lässt sich also gut an einem Vor- oder Nachmittag durchführen.

Idealerweise nehmen **14 Personen oder mehr** teil. Denn das Spiel umfasst 7 Rollen, die jeweils von einer Gruppe aus mindestens 2 Teilnehmenden erarbeitet werden. Die Methode eignet sich aber auch für größere Gruppen.

DIE ZIELE:

- Akteur*innen, Perspektiven und Interessen benennen, die beim Thema Menschenrechte in globalen Lieferketten wichtig sind
- Erfahren, wie Verhandlungen zwischen diesen Akteur*innen ablaufen können
- Machtverhältnisse in den globalen Lieferketten und den konkreten Verhandlungen reflektieren
- Unterschiedliche Durchsetzungsmöglichkeiten von Instrumenten erproben (z. B. rechtsverbindliches Lieferkettengesetz versus freiwilliger Beitritt zu Int. Accord oder Rahmenabkommen)
- Bewerten können, welche der zuvor erlernten Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten Erfolg versprechend angewendet werden können

RAUM UND MATERIAL:

Für das Spiel braucht es einen Tisch mit 7 Stühlen. Um die Rollen zu erarbeiten, brauchen die Gruppen jeweils einen eigenen Raum/eine eigene Ecke. Die Seminarleitung verteilt folgende Materialien:

- Akteurskarten, auf denen die einzelnen Rollen beschrieben sind
- Tischkarten mit ihren Rollennamen
- Die Handouts "Menschenrechte" und "Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten" (im Anhang unter Methode 1 und 2 auf S. 39/39 und S. 88 ff.)

Die Seminarleitung braucht außerdem:

- Vorbereitete Aktionskarten, die sie w\u00e4hrend der \u00fcbung einbringen kann
- ► Hier geht es zum Arbeitsmaterial im Anhang ab Seite 91.

ABLAUF:

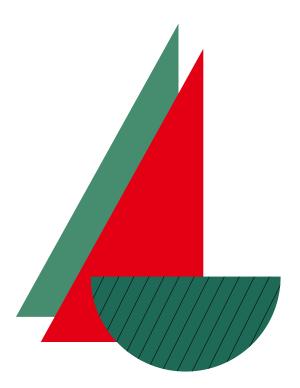
ACHTUNG:

Für diese Methode sind **zwei Varianten der Moderation** denkbar:

- a) Die Seminarleitung moderiert das Spiel selbst. ODER
- b) Die in dem Spiel einladende Rolle, die Gruppe mit der Karte "Betriebsrat von Supermoda", übernimmt diese Aufgabe.

Schritt 1:

Die Seminarleitung teilt die Teilnehmenden in sieben Gruppen ein, denen sie jeweils eine Rolle zuweist. Dann verteilt sie die Rollen- und Tischkarten mit den Namen und stellt die Aufgabe für alle vor.



Etwa so:

"Stellt Euch folgende Situation vor: Das deutsche Textilunternehmen "Supermoda" gerät plötzlich ins Rampenlicht. Recherchen von NROs haben ergeben, dass in einem seiner Textil-Zulieferbetriebe in Kambodscha Arbeitsrechte massiv verletzt wurden, Gesundheits- und Arbeitsschutz wird missachtet, die Umwelt verschmutzt.

Der Betriebsrat des Konzerns hat daraufhin zu einem runden Tisch eingeladen. Ihr bekommt von mir Akteurskarten, auf denen beschrieben wird, welche Rolle Ihr beim runden Tisch übernehmen sollt und welche Ziele Ihr verfolgt.

Es nimmt ein*e Vertreter*in des Vorstands und des Betriebsrats von Supermoda sowie der/die Nachhaltigkeitsmanager*in des Unternehmens teil, außerdem der/die Fabrikbesitzer*in aus Kambodscha, die Vertretung der Arbeitnehmer*innen der Fabrik und der involvierten NRO.

Versetzt Euch in die Person hinein: Welche Position vertritt sie genau? Welche Strategie wird sie versuchen, um ihre Interessen durchzusetzen. Und: Welche der Instrumente, die wir in der letzten Lerneinheit kennengelernt haben, können dabei von Nutzen sein? Besprecht Euch in Eurer Gruppe, sucht Euch dafür Ecken aus, in denen Ihr einander nicht stört.

Ihr habt 20 Minuten. Dann entsendet Ihr eine Person als Vertretung an den runden Tisch. Die anderen bleiben als Berater*innen in der Nähe. Jede*r aus der Gruppe kann jederzeit eine kurze Auszeit erbitten, in der Ihr Eure Strategie gemeinsam neu besprechen oder auch ändern könnt.

Ich werde immer mal wieder Aktionskarten an eine oder mehrere Gruppen austeilen. Ihr solltet dann die Aufgaben erledigen, die darauf stehen."

VARIANTE

Hat die Seminarleitung entschieden, die Moderation abzugeben, hängt sie noch zwei Sätze an. Etwa so:

"Da in unserem Spiel der Betriebsrat des deutschen Textilkonzerns zum runden Tisch eingeladen hat, übernimmt die Person mit dieser Akteurskarte auch die Moderation. Ich halte mich im Hintergrund und stehe allen Gruppen für Fragen zur Verfügung."

Schritt 2:

Die Gruppen nehmen sich 20 Minuten Zeit, ihre Strategie zu besprechen und zu klären, wen sie an den Tisch entsenden.

Schritt 3: Runder Tisch

Die Entsandten nehmen am Tisch Platz und stellen die Karten mit den Rollennamen vor sich auf. Die Moderation begrüßt die Anwesenden und startet damit das Rollenspiel. Mit den Aktionskarten kann die Seminarleitung den Prozess zwischendurch immer wieder vorantreiben.

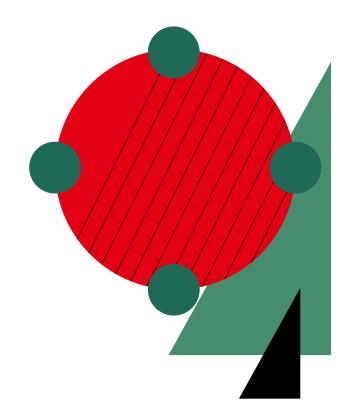
Schritt 4: Ende des Rollenspiels

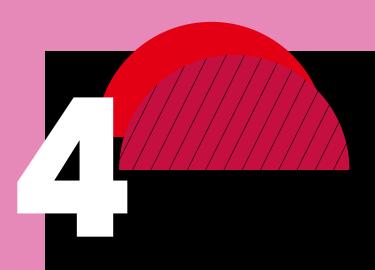
Nach 60 Minuten beendet die Seminarleitung das Spiel. Die Gruppen werden aufgelöst. Die Seminarleitung fordert alle Teilnehmenden auf, die Rollen, Konflikte und Diskussionen wieder abzuschütteln. Dabei kann eine kurze gemeinsame körperliche Bewegungsübung hilfreich sein.

Schritt 5:

Zum Abschluss diskutieren alle gemeinsam.

Fragen können sein: Wie haben sich die Teilnehmenden in den Rollen gefühlt? Was waren ihre Eindrücke? Welche Zwänge haben sie gespürt? Welche Strategien waren erfolgreich und nicht erfolgreich, welche Instrumente waren hilfreich und warum? Wo fühlten sie sich ohnmächtig? Wo stark?





GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

ZUKUNFTSWERKSTATT

DAUER CA. 6 STUNDEN

MINDESTENS 8 TEILNEHMENDE

Aktiv werden: Handeln im privaten, beruflichen und gewerkschaftlichen Umfeld!

DIE METHODE:

Die Zukunftswerkstatt eignet sich dafür, das bislang Erfahrene zu reflektieren und mit den eigenen Erfahrungen zusammenzubringen, auf das eigene Umfeld zu übertragen sowie konkrete Handlungsansätze zu entwickeln. Die Teilnehmenden durchlaufen dabei 3 Etappen und arbeiten in Gruppen. Zunächst analysieren sie die Menschenrechtssituation in ihrem Berufsfeld und ihrem privaten Konsum, anschließend skizzieren sie ihre Idealvorstellung und planen drittens das mögliche Vorgehen, um Menschenrechte zu sichern.

Zwischen den Etappen kann ein Austausch mit Expert*innen aus der Praxis stattfinden. Die Teilnehmenden können sich dabei Inspiration und Tipps für die Planungsphase holen.

Für die Zukunftswerkstatt braucht Ihr ohne Pausen **circa 6 Stunden**. Je nach Anzahl und Dauer der Pausen lässt sich die Methode an einem Tag durchführen oder auf 2 Tage aufteilen. Es wechseln sich Gruppenarbeitsphasen und Ergebnisaustausch im Plenum ab.

Der Zeitraum kann sich verlängern, wenn ein Erfahrungsaustausch oder Vorträge mit Expert*innen eingeplant werden.

Idealerweise nehmen **8 bis 20 Personen** teil, je nach Anzahl der Personen werden die Anzahl der Gruppen und die Gruppengröße variiert. Maximal eignen sich **4 Gruppen zu je 5 Personen**.

DIE ZIELE:

- Erkennen, welche Menschenrechte im privaten Bereich, eigenen Berufsfeld oder Gewerkschaftsbereich und ihren Lieferketten verletzt werden bzw. wo ein hohes Risiko für Menschenrechtsverletzungen besteht
- Reflektieren, welche der im Seminar erlernten Instrumente sich im eigenen Umfeld eignen
- Entwickeln, welche weiteren Möglichkeiten es gibt, für Menschenrechte einzutreten
- Sich ermächtigt fühlen, selbst Schritte zur Prävention von Rechtsverletzungen und für die Sicherung von Menschenrechten im eigenen Umfeld zu gehen
- Motiviert sein, sich gemeinsam mit anderen für Menschenrechte zu engagieren

RAUM UND MATERIAL:

Gearbeitet wird in maximal 4 Kleingruppen und im Plenum. Es braucht also einen Raum oder mehrere Räume, wo die Gruppen ungestört parallel arbeiten, und einen Platz, an dem alle zusammenkommen können. WLAN sollte vorhanden sein, damit die Teilnehmenden recherchieren können, möglicherweise auch ein Laptop, wenn sie nicht mit ihren eigenen Smartphones arbeiten wollen oder sollen.

Die Seminarleitung braucht:

- Die vorbereiteten Arbeitsblätter für die Gruppenarbeit
- Karteikarten, Papierbogen, Filzstifte, Marker
- 4 Stellwände für die Gruppenarbeiten plus gegebenenfalls noch eine Stellwand fürs Plenum
- ► Hier geht es zum Arbeitsmaterial im Anhang ab Seite 103.

ABLAUF:

Schritt 1:

Die Seminarleitung teilt die Teilnehmenden in bis zu vier Gruppen ein, die sich je nach Interesse oder Zugehörigkeit mit einer Branche bzw. einem Berufsfeld beschäftigen sollen, beispielsweise Automobil, Chemie, Lernbetrieb und Gesundheit. Möglich ist auch eine Einteilung nach Gewerkschaftszugehörigkeit. Dann erklärt sie die Aufgabe.

Etwa so:

"Ihr dürft jetzt Eure Fantasie nutzen. Es geht darum, zusammen Lösungen zu finden für die Menschenrechtsverletzungen in Eurem betrieblichen, gewerkschaftlichen oder auch privaten Umfeld. Das macht Ihr in drei Etappen.

Für die ersten beiden Etappen habt Ihr 45 Minuten. Nach jeder Etappe treffen wir uns wieder im Plenum. Jede Gruppe hat 5 Minuten, ihre Ergebnisse vorzustellen, die wir dann kurz diskutieren.

Bei der ersten Etappe identifiziert und analysiert Ihr die Probleme: Was läuft falsch? Bei der zweiten überlegt Ihr, was Eure Ziele sind: Wie sieht Eure Utopie aus? Wo wollt Ihr also hin? Und bei der letzten geht es um Lösungsansätze: Was lässt sich tun? Da es hier darum geht, konkrete Handlungsmöglichkeiten zu formulieren und zu planen, haben wir für diese Etappe etwas mehr Zeit, so 75 Minuten.

Ihr findet dazu auf Euren Tischen unterschiedliche Materialien. Zu jeder Etappe gehört ein Arbeitsblatt mit Leitfragen. Ihr habt Papierbogen, Karten und Stifte. Notiert Eure Ergebnisse, damit wir sie alle gemeinsam besprechen können. Klärt immer auch rechtzeitig, wer von Euch die Ergebnisse im Plenum kurz vorstellt.

Ich gehe herum, falls Ihr Fragen habt oder Tipps braucht. Wenn wir die Ergebnisse nach den einzelnen Etappen im Plenum besprochen haben, erkläre ich immer noch einmal, wie die nächste Phase jeweils aussieht."

Schritt 2: Gruppenarbeit

Schritt 3:

Nach jeder Gruppenarbeitsphase treffen sich alle im Plenum. Die Gruppen stellen ihre Ergebnisse kurz vor und tauschen sich darüber aus.

Schritt 2 und 3 wiederholen sich bei Etappe 2 und 3 und werden von der Seminarleitung jeweils mit Hinweisen auf die Aufgabenstellung eingeführt.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der dritten Arbeitsphase, in der Handlungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Hierfür kann mehr Zeit eingeplant werden. Je nach Kontext können auch konkrete Verabredungen getroffen werden.

Denkbar ist, zwischen Etappe zwei und drei einen Austausch mit Fachleuten einzuschieben, die Tipps geben und über Erfahrungen berichten können, was sich im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen bewährt hat. Entscheidet sich die Seminarleitung hierfür, lädt sie diese Expert*innen im Vorfeld ein. Kontakte bekommt sie beispielsweise beim Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks. Sie kann auch direkt bei Betriebs rät*innen anfragen, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen engagieren. Achtung: Kommen Expert*innen hinzu, verlängert sich der Gesamtablauf. Das muss eingeplant werden.





ARBEITSBLATT GRUPPE 1

LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Bearbeitet gemeinsam die Aufgaben auf dem Arbeitsblatt. Es geht um die Lieferkette von Bananen. Überlegt, wie Ihr dabei vorgeht. Die Ergebnisse stellt Ihr nachher allen im Plenum vor. Klärt unter Euch, wer das machen soll, das können auch mehrere sein. Die Präsentation sollte nicht mehr als 10 Minuten dauern, danach können die anderen noch Fragen stellen.

Ihr habt diese Materialien:

Kurzfilm, leider immer noch aktuell: "Ole und Oxfam in Ecuador", Oxfam, 2016: https://t1p.de/uc8ow



- **Hintergrund:** "Wenn wir uns nicht organisieren, wird sich nie etwas ändern!", DGB Bildungswerk, 2024
- **Grafiken:** Marktkonzentration deutscher Supermärkte und Wertschöpfung

Eure Aufgabe:

- Ermittelt anhand des Kurzfilms und des Hintergrundtextes zur Bananenplantage, welche Menschenrechte verletzt werden. Bezieht dabei Arbeitsrechte, Gesundheitsschutz und Umweltschutz ein, ebenso die Auswirkungen auf umliegende Gemeinden. Notiert die verletzten Rechte auf Karteikarten!
- **Recherchiert im Internet:** Wie viel Gewinn haben die Supermärkte im vergangenen Jahr gemacht?
- **Überlegt anhand der Grafiken:** Wie hat sich die Wertschöpfung an der Banane zum Zeitpunkt der Erhebung verteilt und denkt Ihr, die Gewinnverteilung hat sich seither verändert? Welche Folgen könnte die Marktkonzentration haben? Wie bewertet Ihr die Verteilung?
- **Sammelt**, was Ihr schon über die Arbeitsbedingungen der Angestellten in den Supermärkten Deutschlands wisst.

GRUPPE 1 – HINTERGRUND:

"Wenn wir uns nicht organisieren, wird sich nie etwas ändern!" – Verletzung von Arbeitsrechten auf Bananenfarmen in Ecuador

Autorin: Sonja Gündüz I November 2023

Vor einem kleinen Gemeindehaus, zu dem eine schmale, ungepflasterte Straße führt, vorbei an kleinen Häusern und Palmen, sammeln sich Motorräder: Hier treffen sich heute Arbeiter*innen aus 14 Bananenplantagen des Unternehmens Otisgraf. Das Wetter ist heiß und schwül im Inland der Küstenregion, wo die Bananenindustrie Ecuadors beheimatet ist. Die Stimmung nervös: Denn die Arbeiter*innen wollen heute eine Betriebsgewerkschaft gründen. Kein leichtes Unterfangen in Ecuador, wo Gewerkschafter*innen oftmals auf schwarzen Listen landen, entlassen oder sogar mit dem Tode bedroht werden.

Was bewegt diese Menschen trotzdem dazu, sich zu organisieren? "Sie bezahlen und versichern uns nur für eine halbe Stelle, obwohl wir Vollzeit arbeiten", platzt die 34-jährige Maria heraus. Sie arbeitet in der Abteilung Verpackung. Das gehe von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, sagt sie, also mindestens neun Stunden, manchmal elf oder zwölf, mit nur wenigen Minuten zum Mittagessen. Offizielle Überstunden gibt es nicht, denn bezahlt werden sie nach Akkord – pro gepackter Bananenkiste. "Und da wir nur für eine halbe Stelle versichert sind, haben wir am Ende auch keine Rente."

Maria berichtet auch darüber, wie kranke oder ältere Mitarbeiter*innen behandelt werden. "Sie werden so lange schikaniert, bis sie ihre freiwillige Kündigung unterschreiben, damit der Betrieb keine Abfindung bezahlen muss." Einem Kollegen mit Rückenproblemen sei beispielsweise nach einem Motorradunfall die Aufgabe zugewiesen worden, die Seilbahn zu bedienen, die die schweren Bananenstauden vom Feld zur Verarbeitung transportiert.

In diesem Gebiet, wo sich eine Plantage an die andere reiht, oft mehrere Tausend Hektar große Monokulturen,

setzen die Besitzer Unmengen von Pestiziden ein. Mehrere Mal pro Woche fegt das Sprühflugzeug über die Felder hinweg – und verbreitet auch Substanzen, die in Europa bereits verboten sind. Dies treffe besonders die Erntearbeiter*innen auf dem Feld, berichtet Maria. Oft müssten sie auf diesen Feldern sogar zu Mittag essen, da die Akkord-Arbeit ihnen keine Zeit lasse, zum Speisesaal zu gehen.

Doch nun gerät die Farm ins Augenmerk der deutschen Behörden. Ecuador ist der größte Lieferant für den deutschen Markt. Und die Menschenrechtsorganisation Oxfam hat gemeinsam mit der Branchengewerkschaft ASTAC Beschwerde im Rahmen des Lieferkettengesetzes eingereicht – denn die Plantage beliefert unter anderem die Supermarktkette Edeka. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das BAFA, muss nun prüfen, ob das deutsche Unternehmen seiner Sorgfaltspflicht ausreichend nachgekommen ist. Zwar war die Farm jahrelang von der Rainforest Alliance zertifiziert, doch das Siegel mit dem grünen Frosch reagierte erst, als das ZDF eine Reportage über die Farm machte und die Zertifizierer damit bloßstellte.

Eine Ausnahme scheinen diese Arbeitsrechtsverletzungen nicht zu sein. Insbesondere den neoliberalen Regierungen der vergangenen Jahre scheint der politische Wille zur Beseitigung der Missstände völlig zu fehlen. Bananenunternehmer*innen stellen oft Minister*innen im Landwirtschafts- und im Arbeitsressort. Im Oktober 2023 gewann Daniel Noboa, Sohn eines der reichsten Männer Ecuadors und Bananenmagnat, sogar die Wahlen zum Präsidenten. Die Gewerkschaftsfeindlichkeit und die katastrophalen Zustände auf den Farmen der familieneigenen Noboa-Gruppe sind weitreichend dokumentiert.¹

¹ Siehe Weltsichten (09.10.2023): https://www.welt-sichten.org/nachrichten/41888, DGB-Bildungswerk (2018): Ernährung weltweit, S. 14, New York Times (13.07.2002): https://www.nytimes.com/2002/07/13/world/in-ecuador-s-banana-fields-child-labor-is-key-to-profits.html

Eine Gruppe ehemaliger Arbeiter*innen organisiert sich nun, um ihre Arbeitsrechte gegen die Noboa-Gruppe vor Gericht einzuklagen. Vier von ihnen berichten von den Zuständen auf der Farm "Maria Teresa": Ein Dach der Verpackungsstation sei auf die Arbeiter*innen niedergeknallt. "Es ist ein Wunder, dass keiner dabei gestorben ist", erklärt Francisco. Danach sei die Lücke nur mit einer Plastikplane geschlossen worden. "Wenn die Sonne schien, war die Hitze nicht auszuhalten. Wenn es stark regnete, wurden wir komplett durchnässt", sagt Gilbert. Sechs Monate nach der provisorischen Reparatur forderte die gesamte Schicht geschlossen ein neues Dach bei der Administration. Die Konsequenzen ließen nicht auf sich warten. "Als wir am Montag zur Arbeit erschienen, sagten sie, wir bräuchten nicht wiederzukommen. Wir seien bereits durch eine andere Kolonne ersetzt worden."

Auch die Arbeiter*innen von "Maria Teresa" waren nach Quoten bezahlt worden, mit dem Resultat, dass sie für eine 60-Stunden-Woche auf etwa 85 US-Dollar gekommen seien – nicht einmal der gesetzliche Mindestlohn, ohne Sozialversicherung, ohne bezahlte Urlaubs- oder Krankheitstage, ohne Kündigungsschutz. Der Trick: Vorarbeiter Angel hatte mit einem mündlichen Vertrag als angeblicher Subunternehmer gedient, über den die Arbeit ausgelagert wurde. Auf diese Weise versucht das Unternehmen, sich seiner Verantwortung juristisch zu entziehen. Doch das wollen die Arbeiter*innen nicht mitmachen.

Der Verband der ecuadorianischen Bananenexporteur*innen AEBE sieht dagegen keine Probleme bei den Farmen, die ihre Produkte in die EU ausführen, weder bei der Erfüllung von Arbeitsrechten noch bei der Gewerkschaftsfreiheit. 99,3 Prozent der Arbeiter*innen auf Plantagen, die nach Deutschland exportierten, verdienten Mindestlohn, sagt Verbandsdirektor José Antonio Hidalgo mit Verweis auf ein Dokument der deutschen staatlichen Entwicklungsorganisation GIZ Ecuador, das sich auf eine Umfrage deutscher Einzelhändler bei ihren Zulieferern stützt. Anders lautende Berichte beträfen Einzelfälle oder kämen von NROs, "deren Geschäft der Skandal ist", fügt er hinzu.

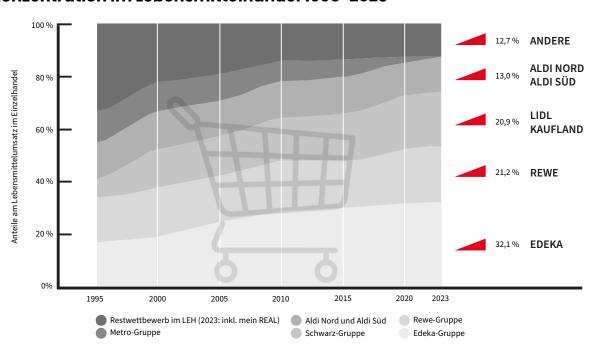
Am Ende des Tages wird Maria mit einer Stimme Vorsprung zur Vorsitzenden der neuen Betriebsgewerkschaft von Otisgraf gewählt. Alle anderen Gründungsmitglieder bekommen weitere Posten, sodass sie zumindest nach dem Gesetz vor Entlassung geschützt sind. Auf die Frage, ob sie keine Angst habe, antwortet die Arbeiterin:

"Nein! Früher haben wir geglaubt, was sie uns erzählt haben, dass wir dann nie wieder einen Job finden. Doch wenn wir uns nicht organisieren, wird sich nie etwas ändern!" Und tatsächlich, der Druck von außen und innen zeigt erste Erfolge, bevor überhaupt eine Entscheidung über die Beschwerde gefallen ist: Die Arbeiter*innen erhalten nun den gesetzlichen Mindestlohn, an die Pestizidsprühenden wie auch an die Verpackungsarbeiter*innen wurde zum ersten Mal Schutzkleidung verteilt.

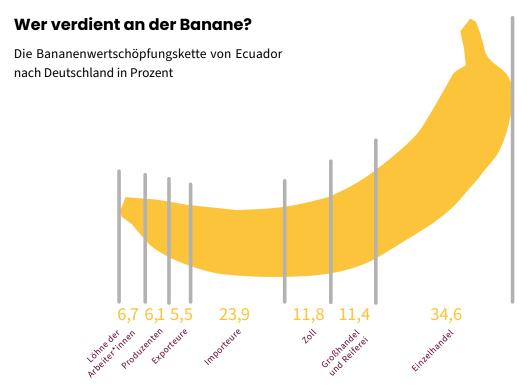
GRUPPE 1 - GRAFIKEN:

Marktkonzentration deutscher Supermärkte und Wertschöpfung

Konzentration im Lebensmittelhandel 1995-2023



Quelle: Datenanalyse von Lademann & Associates auf Basis von Nielsen TradeDimensions, LZ Retailytics und M+M EUROdATA, aufbereitet von Oxfam Deutschland (2024): UNTERNEHMEN UNGLEICHHEIT. Wie die Macht der Großkonzerne die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft. Berlin. https://www.oxfam.de/system/files/documents/unternehmen_ungleichheit_v10_online.pdf



Quelle: Berechnungen von Basic (Bureau d'Analyse Sociétale pour une Information Citoyenne), aufbereitet von Oxfam Deutschland (2014): Billige Bananen. Wer zahlt den Preis? Berlin. https://www.oxfam.de/system/files/141008_oxfam_bananenpreise_02.pdf

DGB BILDUNGSWERK

ARBEITSBLATT GRUPPE 2

TEXTIL- UND LEDERINDUSTRIE

Bearbeitet gemeinsam die Aufgaben auf dem Arbeitsblatt. Es geht um die Lieferkette für die Textil- und Lederindustrie. Überlegt, wie Ihr dabei vorgeht. Die Ergebnisse stellt Ihr nachher allen im Plenum vor. Klärt unter Euch, wer das machen soll, das können auch mehrere sein. Die Präsentation sollte nicht mehr als 10 Minuten dauern, danach können die anderen noch Fragen stellen.

Ihr habt diese Materialien:

Kurzfilm: Lederindustrie in Bangladesch, Gerberei-Zentrum Savar das neue Hazaribagh, Inkota, 2023: https://t1p.de/heolp



- Hintergrund: Interview mit Gewerkschafterin in Bangladesch: "Gewerkschaftsrechte und Kollektivverhandlungen sind grundlegend, wenn wir systemische Veränderungen wollen", DGB Bildungswerk, 2024
- Grafiken: Wertschöpfung und Löhne

Eure Aufgabe:

- Ermittelt anhand des Kurzfilms und des Interviews: Welche Menschenrechte werden in der Textilindustrie verletzt? Bezieht dabei Arbeitsrechte, Gesundheitsund Umweltschutz mit ein, ebenso die Auswirkungen auf umliegende Gemeinden. Notiert die verletzten Rechte auf Karteikarten!
- Recherchiert im Internet: Wie viel Gewinn haben Inditex (Zara) oder H&M im Vorjahr gemacht?
- **Überlegt anhand der Grafiken:** Wie verteilen sich Kosten und Gewinne? Ermöglichen die Löhne ein würdiges Leben? Wie bewertet Ihr die Verteilung?
- Sammelt, was Ihr über die Arbeitsbedingungen der Angestellten in den Modeketten in Deutschland wisst. Tauscht Euch darüber aus, was die Ursachen für die Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette der Textil- und Lederindustrie sind. Wie gerecht ist die Verteilung der Wertschöpfung?

GRUPPE 2 - HINTERGRUND:

"Gewerkschaftsrechte und Kollektivverhandlungen sind grundlegend, wenn wir systemische Veränderungen wollen"

Interview mit der Gewerkschafterin Nazma Akter aus Bangladesch, geführt im Auftrag des DGB Bildungswerks von Sonja Gündüz. Nazma Akter ist Präsidentin der Awaj-Stiftung, die sich seit 2013 für Bildung und Empowerment von 740 000 Arbeiter*innen in Bangladesch engagiert. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Stärkung von Frauen in der Textilindustrie (awajfoundation.org).

April 2024

Sonja: Nazma, was sind deine eigenen Erfahrungen in der Textilindustrie?

Nazma: Ich habe mit meiner Mutter in der Textilindustrie gearbeitet, seit ich Elf Jahre alt war. Das war damals keine formelle Industrie wie heute, es gab keine Fabriken, wir arbeiteten in Wohnhäusern. Und wir machten unglaublich viele Überstunden, manchmal arbeiteten wir 14 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Der Lohn kam nicht pünktlich, oft haben sie uns auch betrogen. Es gab keinerlei Arbeitsrechte, keinen Mutterschutz, Arbeiter*innen konnten einfach so gekündigt werden. Es gab oft Brände. Damals waren etwa 30 Prozent der Arbeiter*innen Kinder wie ich.

Als ich 12 war, wurden wir entlassen. Wir fanden eine andere Arbeit und mit 14 engagierte ich mich in einer Gewerkschaft. Daraufhin wurden wir wieder gefeuert und kamen auf die schwarze Liste. Ich wurde auch verfolgt.

Wie kamst du dazu, dich schon mit 14 Jahren gewerkschaftlich zu engagieren?

Ich habe verstanden, dass wir keine andere Wahl haben. All die Ausbeutung, all die Sklaverei! Aber die Gesellschaft akzeptierte nicht, dass Frauen gegen ein Unternehmen protestierten und kämpften, weil Frauen ruhig sein sollten. Die Leute haben uns als so etwas wie böse Mädchen betrachtet. Es war sehr kompliziert. In der Fabrik versuchten wir, die Arbeiter*innen zu organisieren, aber die Gewerkschaft unterstützte uns nicht – sie war nicht an den Problemen der Arbeiter*innen interessiert.

Inzwischen bist du Präsidentin der Awaj-Stiftung. Wie kam es dazu?

Es gab in dieser männlich dominierten Gesellschaft niemanden, der für uns verhandelte, für uns Gerechtigkeit einforderte. So haben wir die Sache selbst in die Hand genommen und die Awaj-Stiftung gegründet und aufgebaut. Wir haben auch eine Menge Fehler gemacht, aber wir haben daraus gelernt.

Wie siehst du als Gewerkschafterin heute die Situation in der Textilindustrie in Bangladesch?

Es gab auf jeden Fall Verbesserungen. Der Gesundheitsund Arbeitsschutz ist zwar nicht komplett implementiert, aber Rana Plaza und andere Vorkommnisse, wo viele Menschen starben oder schwer verletzt wurden, haben dafür gesorgt, dass der Bangladesh Accord begründet wurde. Er ist ein wichtiges Instrument.

Es gibt zwar noch Unfälle, aber unsere Arbeiter*innen sterben nicht mehr. Auch in Sachen Gesundheitsschutz hilft der Accord. Der Staat hat eine große Kampagne gegen Kinderarbeit gemacht. Zwar findet sie in anderen Sektoren in Bangladesch weiterhin statt, aber in der Textilindustrie nicht mehr. Generell sind die Arbeiter*innen aber sehr jung. Weil viele junge Frauen in der Textilindustrie arbeiten, ist auch Gewalt gegen Frauen ein zentrales Thema. Wir haben in Bangladesch keine Gesetzgebung gegen sexuelle Belästigung. Sexualisierte Gewalt und Belästigung sind gängige Praxis in den Fabriken.

Wie sieht es mit Löhnen und Sozialversicherungen aus?

Der Grund, warum zum Beispiel eine deutsche Marke hier produzieren lässt, ist die billige Arbeit. In Deutschland müsste sie ihren Arbeiter*innen viel mehr Lohn und Nebenkosten bezahlen. Hier haben wir zwar einen gesetzlichen Mindestlohn, aber der ist sehr gering und erlaubt kein würdiges Leben. Das Gesetz sieht zwar eine soziale Absicherung vor, doch das praktizieren die Fabriken nicht. Sozialversicherung haben wir hier nicht, auch im Falle von Verletzungen oder gar Todesfall am

Arbeitsplatz gibt es keine angemessene Entschädigung für die Familien. Eine Rentenversicherung können sich nur Staatsangestellte leisten, Arbeiter*innen nicht.

Gibt es Gewerkschaftsbashing – oder welcher Strategien bedienen sich die Arbeitgebenden, um Gewerkschaften zu unterdrücken?

Die Unterdrückung der Gewerkschaften ist immer noch ein großes Problem. Kürzlich haben wir eine Fabrikgewerkschaft organisiert. Daraufhin wurde ein Mitglied gezwungen, seine Kündigung zu unterschreiben. Abgesandte der Geschäftsführung kamen zu ihm nach Hause und wollten ihn schlagen. Er ist dann weggezogen. Auch lokale Gruppen werden bedroht. Eine weitere Strategie ist die rechtliche Verfolgung. Selbst das Arbeitsministerium lässt es nicht zu, dass sich unabhängige Gewerkschaften registrieren können. Als Arbeiter*innen ihre Stimme für die Erhöhung des Mindestlohns erhoben, wurden sie brutal von der Polizei zusammengeschlagen. Die Polizei ging in die Fabriken und prügelte dort auf Arbeiter*innen ein. Die Polizisten feuerten Gummigeschosse auf die Protestierenden, sogar auf Politiker*innen. Vier Arbeiter wurden getötet.¹

Was ist nötig, damit sich die Situation vor allem für Frauen bessert?

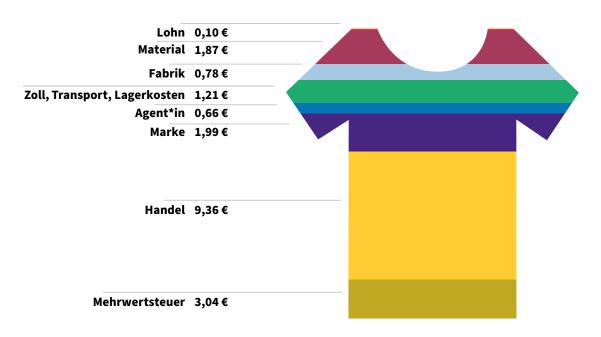
Große Veränderungen sind bereits erreicht. Dabei haben die Gewerkschaften eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben aktuell 78 Gewerkschaften und 70 Tarifverträge im Textilsektor. Gewerkschaftsrechte und Kollektivverhandlungen sind grundlegend, wenn wir systemische Veränderungen wollen. Es ist notwendig, vor allem Frauen zu bilden und sie zu Kollektivverhandlungen zu ermächtigen. Daran arbeiten wir!

¹ Anmerkung: Im November 2023 eskalierten die Proteste, als die Regierung in Bangladesch ankündigte, den Lohn von 68 auf 106 Euro zu erhöhen. Es war die erste Anhebung seit 2018. Aufgrund der hohen Inflation und der stark steigenden Lebensmittelpreise forderten die Gewerkschaften aber einen Mindestlohn von wenigstens 198 Euro. Dies sei das Minimum, um das Überleben zu sichern.

GRUPPE 2 - GRAFIKEN:

Wertschöpfung und Löhne

Verteilung der Wertschöpfung eines konventionellen T-Shirts



Beispielrechnung: Preisaufschlüsselung – der Anteil von Fabrik, Marke und Handel beinhaltet auch deren Gemeinkosten.

Quellen: Social Report Armedangels und Fair Wear Foundation, aufgearbeitet in: Christliche Initiative Romero (2019): Zusammenstellung von Daten aus unterschiedlichen Quellen im Dossier: Fast Fashion. Teil 3: Die Folgen in Zahlen. Ökologischer und sozialer Fußabdruck der schnellen Mode. Münster. https://saubere-kleidung.de/wp-con $tent/uploads/2019/06/FastFashion_Dossier_CIR_2019_Teil3_Die-Folgen-in-Zahlen.pdf$

Löhne in Textilfabriken für Fast Fashion

Rumänien:		Sri Lanka:		
208 €	Lohn der Befragten in der regulären Arbeitszeit		79 €	Gese
249 €	Gesetzlicher Mindestlohn		81 €	Lohr
747 €	Geschätzter Basis-Existenzlohn laut den Befragten		117€	Real
1.448	E Existenzsichernder Lohn		153 €	Gesc

Sri Lanka:		
79 €	Gesetzlicher Mindestlohn	
81 €	Lohn der Befragten in der regulären Arbeitszeit	
117€	Realer Lohn der Befragten inkl. Überstunden	
153 €	Geschätzter Basis-Existenzlohn laut den Befragten	
296 €	Existenzsichernder Lohn	

Bangladesch:	
46 €	Tatsächlicher Lohn der Befragten
85 €	Mindestlohn
173 €	Existenzsichernder Lohn

Mindestlöhne, tatsächliche und existenzsichernde Löhne klaffen in fast allen Produktionsstätten weit auseinander. Exemplarisch hier die Ergebnisse aus drei unterschiedlichen Erhebungen in Bangladesch, Sri Lanka und Rumänien (EU).

Quelle: Daten aus Wage Indicator, Wages in Context (o. J.); CIR (2019): Fast Fashion - Teil 1 und Ajder, Corina & Musiolek, Bettina (2019): Country Profile Romania 2018, Clean Clothes Campaign (2019), aufbereitet und zusammengestellt in:

Christliche Initiative Romero (2019): Fast Fashion. Teil 3: Die Folgen in Zahlen. Ökologischer und sozialer

Fußabdruck der schnellen Mode. Münster. https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2019/06/FastFashion_Dossier_CIR_2019_Teil3_Die-Folgen-in-Zahlen.pdf

ARBEITSBLATT GRUPPE 3

BERGBAU

Bearbeitet gemeinsam die Aufgaben auf dem Arbeitsblatt. Es geht um die Lieferkette von Bergbau. Überlegt, wie Ihr dabei vorgeht. Die Ergebnisse stellt Ihr nachher allen im Plenum vor. Klärt unter Euch, wer das machen soll, das können auch mehrere sein. Die Präsentation sollte nicht mehr als 10 Minuten dauern, danach können die anderen noch Fragen stellen.

Ihr habt diese Materialien:

Kurzfilm, Nachrichtenpool Lateinamerika, 2017: "Die indigenen Shuar gegen den Bergbau", 2017: https://t1p.de/vpqcn



Videointerview: Das DGB-Bildungswerk interviewt Gertrud Falk von FIAN Deutschland, 2024: https://www.dgb-bildungswerk.de/bauxit-guinea



- **Fotos** zu Bauxit-Mine in Guinea (FIAN und andere NRO)
- **Hintergrund:** Der Urwald soll dem Bergbau weichen, DGB Bildungswerk, 2024

Eure Aufgabe:

- Ermittelt anhand des Kurzfilms und des Videointerviews: Welche Menschenrechte werden für den Bergbau verletzt? Bezieht dabei Arbeitsrechte, Gesundheitsschutz und Umweltverschmutzung mit ein, ebenso die Auswirkungen auf umliegende Gemeinden. Notiert die verletzten Rechte auf Karteikarten!
- Recherchiert im Internet: Wie viel Gewinn hat der Bergbausektor im vergangenen Jahr gemacht?
- **Überlegt Euch:** Worauf spielt Inty Arcos im Artikel "Der Urwald soll dem Bergbau weichen" an, wenn er sagt: "Die Europäer wollen Maßnahmen zum Klimawandel, ohne ihr eigenes Entwicklungsmodell zu hinterfragen?" Wie steht Ihr dazu?
- **Sammelt**, was Ihr schon über die Arbeitsbedingungen im Bergbau wisst.

Tauscht Euch darüber aus, was die Ursachen für die Menschenrechtsverletzung sind.

GRUPPE 3 – HINTERGRUND:

Der Urwald soll dem Bergbau weichen

Autorin: Sonja Gündüz I Februar 2024

Als die Sonne über dem ecuadorianischen Nebelwald aufgeht, erklingen lautstark Vogelgesänge. Wasser des nahe gelegenen Flusses rauscht ins Tal hinab und versorgt den Wald, Tiere und die Landwirtschaft. Zwischen Bäumen aller Größen stehen riesige Farne, auch Büsche mit Blüten in prächtigen Farben.

Im Chocó Andino im Nordwesten stoßen die Urwälder der Küstenregion am Äquator auf die bis zu 6.000 Meter hohen Anden. Gegen Osten fällt das Gebirge zum Amazonasbecken hin ab. Das Zusammentreffen dieser geografischen Besonderheiten hat im kleinen Ecuador eines der biodiversesten Gebiete der Erde geschaffen mit einzigartigen Spezies.

Bergbau für die Energiewende

Doch ginge es nach internationalen Bergbaukonzernen und den ecuadorianischen Regierungen soll dieses Gebiet dem Bergbau überlassen werden. Das größte Projekt: eine Mine des chilenischen Konzerns Codelco, der Kupfer im offenen Tagebau fördern will. Das Unternehmen wirbt mit angeblich nachhaltigem Abbau und guten Beziehungen zu den Gemeinden. Codelco ist einer der wichtigsten Zulieferer des deutschen Metallverarbeitungsunternehmens Aurubis, das auch die deutsche Autoindustrie beliefert.

Der Bedarf an Kupfer und anderen Metallen im Globalen Norden ist groß. Laut der Organisation Powershift werden in der EU heute 25 bis 30 Prozent der weltweit produzierten Metalle verwendet. Dabei machen die Bürger*innen der EU nur 6 Prozent der Weltbevölkerung aus. Ausgerechnet die Energiewende ist einer der Treiber.

Die Klimaziele der meisten Industrieländer würden die Nachfrage allein für die Elektromobilität von 185 000 Tonnen im Jahr 2017 auf 1,74 Millionen Tonnen im Jahr 2027 steigen lassen, prognostizierte der Branchenverband International Copper Association (ICA) bereits vor Jahren. Reine Elektroautos enthalten mit rund 70 Kilogramm knapp dreimal so viel Kupfer wie ein durchschnittlicher Verbrenner, der auf etwa 25 Kilo

kommt – der Trend zu immer schwereren Fahrzeugen könnte den Bedarf noch erhöhen. Auch für Elektronik in Sonnenkollektoren oder Windturbinen ist das Metall unerlässlich. Das erhöht den Druck auf die Vorkommen weltweit.

Umweltgefahren und Bedrohung der Einkommensquellen

Politisch gehört der Nebelwald des Chocó zum Teil zur Intag-Region, zum Teil zum Distrikt der Hauptstadt Quito. Allein im Intag-Gebiet sind schätzungsweise bereits 80 Prozent der Flächen konzessioniert, Zehntausende Hektar Primärwald sollen dem Bergbau weichen.

Auch andere Gebiete sind bedroht. Laut dem Kataster von 2021 sollen bereits für 9 Prozent der Gesamtfläche Ecuadors Verträge mit Bergbaukonzernen geschlossen sein. Zumeist geht es um Kupfer und Gold. Laut Amazon Frontlines betrifft rund die Hälfte davon Waldgebiete, auch den Amazonas-Urwald, 40 Prozent sind landwirtschaftlich genutzte Gebiete.

"Wenn man Gebiete wie das Intag-Gebiet nicht schützt, werden die Maßnahmen zur Energiewende den Klimawandel noch verschärfen", warnt Carlos Zorrilla. Er ist Präsident der Organisation Decoin, die gegen den Bergbau kämpft. In einer Umweltstudie des japanischen Bergbaukonzerns Bishi Metals aus den 1990er-Jahren sei bereits die Rede von einer möglichen "Desertifikation" des regenreichen Gebiets. Soll heißen: Ganze Gebiete könnten sich in eine Wüste verwandeln.

Hinzu kommen hochgiftige Schlacken. Das Kupfer ist in den Minen mit Metallen wie Arsen, Blei, Kadmium, Chrom vermischt. Um es vom Gestein und anderen Metallen zu trennen, sind riesige Mengen Wasser und Chemikalien nötig. Diese kontaminierten Restmaterialien werden in sogenannten Abraumbecken auf unbestimmte Zeit gelagert. "Wir befinden uns hier in einem Biodiversitäts-Hotspot mit einem sehr hohen Erdbeben- und vulkanischen Risiko. Die Regenfälle reichen von 3000 bis 5000 mm pro Jahr. Allein in dem Gebiet, wo die Codelco-Mine entstehen soll, befinden sich

23 Wasserquellen", erklärt Zorrilla. Seiner Ansicht nach ist eine Umweltkatastrophe praktisch programmiert.

Inty Arcos, Sprecher der Initiative "Quito ohne Bergbau", gibt zu bedenken, dass der Bergbau langfristig kaum Arbeit für die lokale Bevölkerung schaffe. "Die meisten hier leben von der Landwirtschaft und dem Ökotourismus", erklärt er. "Allein der Export von Biorohrzucker ernährt 700 Familien, nicht zu reden von Biokaffee und Biokakao. Ebenso werden Früchte, Yuca oder Milchprodukte für den heimischen Bedarf produziert. Was sollen all diese Familien essen und arbeiten, wenn es hier nur noch Bergbau gibt?" Allein der Öko-Tourismus für Ornitholog*innen habe ein Potenzial von 25 000 Besucher*innen im Jahr. Solche nachhaltigen Alternativen bekämen allerdings kaum Förderung vom Staat.

Die Durchsetzung privater Interessen mit staatlichen Mitteln

Ein besonderes Interesse haben die Minenunternehmen am kleinen Dorf Junin, wo eines der größten Projekte entstehen soll: eine Kupfermine im offenen Tagebau. 20 Jahre lang scheiterten verschiedene Minenunternehmen am Widerstand des 300-Seelen-Orts und seiner Nachbargemeinden. Als der chilenische Staatskonzern Codelco das Projekt übernahm, schloss er eine Allianz mit dem ecuadorianischen Bergbau-Staatsunternehmen Enami, das die Konzession hält. "Auf diese Weise sicherten sie sich die Unterstützung der staatlichen Institutionen", erklärt Zorrilla. 2014 erzwang die Regierung mit 400 Polizist*innen dann tatsächlich den Durchgang.

Junins Dorfvorstand Javier Ramirez wurde festgenommen. Zwar sprach das Gericht ihn später wegen fehlender Beweise frei, doch da hatte er bereits ein Jahr im Gefängnis verbracht. "Auch mich wollten sie verhaften, doch ich bin rechtzeitig durch die Wälder geflohen und habe mich versteckt gehalten", berichtet Zorrilla.

Weltweit setzten Staaten Interessen privater Bergbau-Konzerne mithilfe staatlicher Sicherheitskräfte durch, erklärt William Sacher. Er ist Dozent an der Universidad Andina und forscht seit 20 Jahren zum Thema Bergbau in aller Welt. Ebenso sei es gang und gäbe, dass die Staaten die Infrastruktur mit öffentlichen Geldern finanzierten und die benötigten enormen Mengen an Wasser und Energie billig zur Verfügung stellten.

Arcos von der Initiative "Quito ohne Bergbau" meint: "Die Europäer wollen Maßnahmen zum Klimawandel, ohne ihr eigenes Entwicklungsmodell zu hinterfragen. Es ist einfach nicht möglich, dass jeder Europäer statt eines Benziners ein Elektroauto fährt."

GRUPPE 3 – FOTOS:

Bauxit-Mine in Guinea und die umgesiedelte Gemeinde Hamdallaye



So wohnten die Bewohner*innen vorher: das alte Hamdallaye mit traditionellen Lehmhäusern.



Vorher kochten die Frauen drei Mahlzeiten täglich, nun reicht es nur noch für eine.



Die Mine produziert giftigen Staub.

DGB BILDUNGSWERK WWW.GUTE-ARBEIT-WELTWEIT.DE



Das neue Hamdallaye: kein Schatten und keine Anbauflächen für die Subsistenzwirtschaft.



Die Dorfbewohner*innen wurden vor der Umsiedelung nicht konsultiert.



Die Gifte kontaminieren Wasser und Boden.

HANDOUT MENSCHEN-RECHTE

Die Idee von Menschenrechten gibt es schon sehr lange und in unterschiedlichen Kulturen überall auf der Welt. Also die Idee, dass jeder Mensch allein durch das Menschsein Rechte hat. Diese Menschenrechte können nicht abgegeben oder entzogen werden, sie gelten für alle Menschen weltweit und sie bedingen sich gegenseitig – sind also unveräußerlich, universell und unteilbar. Die Menschenrechte zielen darauf ab, dass jeder und jede in Freiheit, Sicherheit und Würde leben kann.

Ein Meilenstein in der Geschichte der Menschenrechte ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. Auch das Recht auf Arbeit und zur Gründung von Gewerkschaften, das bereits 1919 bei der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (engl. ILO) etabliert wurde, wird darin bestärkt. Verbindlich von Mitgliedsstaaten anerkannt wurden die Menschenrechte später durch die Ratifizierung des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) und des Internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) von 1966. Darüber hinaus gibt es viele weitere internationale und regionale Abkommen, Erklärungen, Empfehlungen usw., in denen Menschenrechte verankert und konkretisiert werden. Sie verpflichten die Nationalstaaten, das Individuum vor Rechtsverletzungen Dritter zu schützen, diese Rechte selbst zu achten, ebenso wie die Voraussetzungen zu schaffen, dass das Individuum diese Rechte tatsächlich realisieren kann (z. B. ein Schulsystem aufbauen, sodass das Recht auf Bildung verwirklicht werden kann).

Aus Sicht der Arbeiter*innen und Gewerkschaften sind die Übereinkommen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation besonders relevant. Da-rin werden die Rechte bei der Arbeit genauer formuliert und Hinweise für die Umsetzung gegeben.

Die ILO entwickelt auch immer neue Übereinkommen und so die Rechte von Arbeiter*innen weiter.

Zentral sind die **Kernarbeitsnormen** der ILO, sie gelten als Menschenrechte und sind für alle Mitglieder der ILO unabhängig von einer Ratifizierung verbindlich. Sie sind **internationaler Mindeststandard** und somit Bezugspunkt für die Durchsetzung von Menschenrechten in globalen Lieferketten.

Sie decken fünf Prinzipien ab. Sogenannte **Enabling Rights** sind Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlung. Sie sichern das Recht, Gewerkschaften zu gründen und als solche zu verhandeln. Nur wenn sie erfüllt sind und Arbeitnehmendenvertretungen bestehen, können Arbeitnehmende weitere Rechte durchsetzen.

Die Rechteträger sind Individuen, aber Länder des Globalen Südens fordern auch **kollektive Rechte**. Rechte indigener Völker, wie das auf ihr angestammtes Territorium, etwa sind im ILO-Übereinkommen 169 verankert.

ZUM WEITERLESEN

Mehrere Organisationen, darunter das Deutsche Institut für Menschenrechte und der Europarat,



haben **ein Handbuch** erstellt. Dort kannst Du Dich unter anderem über die Geschichte der Menschenrechte informieren.

Auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es ein **Dossier zu Menschen**-



rechten. Dieses enthält alles Mögliche – von grundlegenden Fragen bis zu aktuellen Entwicklungen.

Mehr über Menschen- und Gewerkschaftsrechte, ihre Entstehung und Umsetzung sowie zur Funkti-



onsweise der ILO kannst Du in unserem Heft Gewerkschaftsrechte weltweit nachlesen.

Seite 1 von 2

HANDOUT MENSCHENRECHTE 39

WICHTIGE MENSCHENRECHTE AUS SICHT VON ARBEITNEHMENDEN UND GEWERKSCHAFTEN



AUS DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE (1948):

- Niemand darf diskriminiert werden. (§ 2)
- Sklaverei und Leibeigenschaft sind verboten. (§ 4)
- Jeder/Jede wird überall als rechtsfähig anerkannt, alle sind vor dem Gesetz gleich.
 (§ 6 und 7)
- Schutz der Privatsphäre, der eigenen Familie und Wohnung (§ 12)
- Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (§ 20)
- Soziale Sicherheit und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für die freie Entwicklung der eigenen Persönlichkeit (§ 22)
- Recht auf Arbeit und freie Berufswahl, gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen und Schutz vor Arbeitslosigkeit (§ 23, Abs.1)
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (§ 23, Abs.2)
- Gerechte und befriedigende Entlohnung, um für sich selbst und die eigene Familie eine menschenwürdige Existenz zu sichern (§ 23, Abs.3)
- Das Recht, zum Schutz der eigenen Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten (§ 23, Abs.4)
- Recht auf Erholung und Freizeit, vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub (§ 24)
- Recht auf Lebensstandard und Gesundheit, Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und Sicherheit im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung sowie im Alter (§ 25, Abs.1)
- Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge. (§ 25, Abs.2)
- Recht auf Bildung, unentgeltlich bis zum Grundschulunterricht (§ 26)
- Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft sowie die Pflicht, die Rechte und Freiheiten anderer anzuerkennen, zu achten und zu sichern. (§ 29)



Wer muss Menschenrechte schützen? Wer muss sie achten? Warum erfüllen die Akteur*innen ihre Pflichten (nicht)? Von diesen Fragen ausgehend haben wir über Ursachen von Menschenrechtsverletzungen gesprochen. In diesem Handout sind wichtige Punkte zusammengefasst:

Alle staatlichen Institutionen sind Pflichtenträger

Staaten haben die Pflicht, Menschenrechte zu achten. Sie müssen Menschenrechte vor der Beeinträchtigung durch Dritte, beispielsweise Unternehmen, schützen und sie gewährleisten. Also für die Möglichkeit sorgen, dass Menschenrechte verwirklicht werden können, etwa durch ein Gesundheits- und Bildungssystem. Darüber hinaus haben alle Akteur*innen die Verantwortung, Menschenrechte zu achten.

Internationale Institutionen und Gerichte

Internationale Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder andere Organisationen der Vereinten Nationen können zwar die Umsetzung von Menschenrechten überwachen und auf Verletzungen hinweisen, haben aber nur Soft Power, also keine Möglichkeiten, etwa Sanktionen durchzusetzen.

Die international verankerten Rechte sind kein Selbstläufer, sie müssen kontinuierlich erkämpft werden. Beispielsweise erklärte die Arbeitgebergruppe in der ILO im Jahr 2012, dass die Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit und zu Kollektivverhandlungen kein Streikrecht beinhalten würden. Der Konflikt ist bis heute nicht beigelegt. Ende 2023 hat der Verwaltungsrat der ILO abgestimmt, den Konflikt an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen.

Zum Schutz der individuellen Rechte gibt es Menschenrechtsgerichte, etwa in Europa, Amerika und Afrika. Die Urteils- und Sanktionsmöglichkeiten sind unterschiedlich und letztlich sind die Gerichte darauf angewiesen, dass die Nationalstaaten ihre Urteile anerkennen und umsetzen.

Multipolare Weltordnung und schwächelnder Multilateralismus

Der Wandel von einer unipolaren Weltordnung, unter US-amerikanischer Hegemonie, zu einer neuen Ordnung bedeutet erst mal Unsicherheit und Unordnung. Staaten versuchen, ihre Stellung in dieser Ordnung zu sichern und Eigeninteressen durchzusetzen – häufig zulasten der multilateralen Zusammenarbeit. Hinzu kommt das Erstarken rechtspopulistischer und autoritärer Regierungen, die nationale Abschottung als Lösung für komplexe Probleme propagieren.

Diese Entwicklung schwächt die internationale Zusammenarbeit und internationale Organisationen. Die Vereinten Nationen sind beispielsweise chronisch unterfinanziert, das betrifft auch die Arbeit der ILO.

Mit Abnahme der westlichen Hegemonie und dem Aufstieg insbesondere des autoritären Chinas entstehen nicht nur geopolitische, sondern auch systemische Konkurrenzen zwischen liberaleren Demokratien und autoritären Staaten. Vor diesem Hintergrund wird auch die Attraktivität westlicher Werte – das Versprechen auf Freiheit und Entwicklung – zur Diskussion gestellt.

Unternehmen

Unternehmen müssen Menschenrechte **achten**, also mit menschenrechtlicher Sorgfalt agieren, um negative Auswirkungen zu vermeiden bzw. ihnen vorzubeugen. In der Realität werden Menschenrechtsverletzungen aber von vielen Unternehmen aus dem Globalen Norden in Kauf genommen, indem sie die Verantwortung auf Zulieferer abwälzen. Diese verweisen wiederum auf die Abnehmer – also internationale Konzerne. Diese schüfen über Preise und Abnahme Bedingungen,

Seite 1 von 4

die es kaum ermöglichten, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Häufig steht der Profit über der Einhaltung der Menschenrechte.

Steigende Marktkonzentration und -macht

Die steigende Konzentration internationaler Konzerne – wie etwa bei deutschen Supermarktketten – führt zu wachsender Marktmacht und somit auch steigendem Einfluss auf die Preisgestaltung. Die Verteilung der Einnahmen und Gewinne auf den Märkten ist allerdings relativ intransparent, viele Statistiken beruhen lediglich auf Schätzungen.

Standortkonkurrenz und soziale Abwärtsspirale

Im Globalen Süden sind die Produktionskosten wegen geringer Löhne, fehlender Arbeitsrechte und Umweltregulierungen häufig niedriger. Hinzu kommt, dass oftmals der weltweite Wettbewerb der Länder untereinander ohne internationale Regelungen zu einer sozialen Abwärtsspirale führt, weil sie Unternehmen an ihre jeweiligen nationalen Standorte locken wollen.

Klima und natürliche Ressourcen

Wegen der klimatischen Bedingungen lassen sich zum Beispiel in Ecuador landwirtschaftliche Produkte wie Bananen leichter produzieren. Auch kommen dort Rohstoffe vor, die es im Globalen Norden nicht oder kaum gibt, und die Vorkommen lassen sich hier leichter ausbeuten, weil Menschenrechte und Umweltschutz missachtet werden.

Klimakrise

Die Industriestaaten des Globalen Nordens sind verantwortlich für den Großteil der schädlichen Emissionen und damit für den Klimawandel. Extremwetter, wie Dürren und Überschwemmungen, betreffen Menschen im Globalen Süden stärker. Sie sind auch weniger resilient, haben also weniger Mittel, etwa finanziell, um sich vor Umwelteinflüssen zu schützen.

Ungleichheit, Armut und Diskriminierung

Die meisten Länder des Globalen Südens wurden von europäischen Staaten kolonialisiert und haben auf Ausbeutung ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen geerbt. Auch innerhalb von Gesellschaften hat sie Ungleichheiten geprägt.

Hierarchische, patriarchale und rassistische Gesellschaftsordnungen prägen bis heute weite Teile der Welt. Das wirkt sich auf die Arbeitswelt aus, in der Frauen und migrantische Arbeiter*innen besonders häufig Menschenrechtsverletzungen erfahren. Sie sind auch häufiger von Armut betroffen und so gezwungen, prekäre Beschäftigung aufzunehmen.

Einseitige Weltwirtschaftsordnung

Internationale Institutionen und Regeln bilden reale Machtverhältnisse ab. Die Weltwirtschaftsordnung ist daher einseitig zugunsten ökonomisch starker Staaten und Unternehmen ausgerichtet.

Beispielsweise handeln insbesondere die USA und die EU bi- und plurilaterale Handelsabkommen aus, in denen sie ihre Interessen besser durchsetzen können, anstatt Regeln innerhalb der Welthandelsorganisation weiterzuentwickeln, in der jedes Land eine Stimme hat. Die Rechte von Investoren und ihre Durchsetzung sind in den Handelsabkommen meist gut abgesichert und werden über private Schiedsgerichte verhandelt. So mussten schon einige Staaten Unternehmen entschädigen, etwa weil sie Umweltregularien eingeführt hatten. Die Regeln zu Zöllen helfen den Wirtschaften im Globalen Norden, während die wirtschaftliche Entwicklung im Globalen Süden stagniert. Viele Länder im Globalen Süden können keine Industrien entwickeln und verharren auf einem niedrigen Entwicklungsniveau, das wenig Spielraum bietet und Menschenrechtsverletzungen begünstigt.

Ein internationaler Versuch, Menschenrechte gegenüber Unternehmen völkerrechtlich abzusichern, ist das **UN-Treaty**. Die Initiative ging von Ecuador und Südafrika aus. In den seit zehn Jahren laufenden Verhandlungen der Arbeitsgruppe unter dem Dach der Vereinten Nationen blockieren aber die EU und Deutschland regelmäßig.

In der Weltbankgruppe bestimmen die größten Financiers und geben Entwicklungsländern vor, welche Politik sie für die Aufnahme von günstigen Krediten umsetzen müssen. Auch staatliche Entwicklungshilfe wird nicht ohne Konditionen geleistet.

Abhängigkeit von Rohstoffexporten

Viele der Volkswirtschaften des Globalen Südens sind auf die Devisen-Einnahmen aus dem Export zum Beispiel von Erdöl, Kupfer, Gold oder auch von Landwirtschaftsprodukten wie Bananen angewiesen. Die Verarbeitung der Produkte, die mehr Geld und Arbeit bringt als die reine Exploration oder Produktion, findet häufig im Globalen Norden statt. Von dort kommt auch die Nachfrage. Meist hat die Kolonialisierung eine auf Export ausgerichtete Infrastruktur geprägt und Handelsabkommen manifestieren die wirtschaftliche Ausrichtung.

Lobbying, Korruption und Verquickung von Wirtschaft und Politik

Ökonomische und politische Eliten sind nicht selten eng verbunden und können ihre Interessen so auf beiden Ebenen durchsetzen, eine Kontrolle fehlt. Beispielsweise sind viele Parlamentarier*innen in Bangladesch selbst Unternehmer*innen im Textilexport, in Ecuador stellen Bananenunternehmen oftmals Arbeitsoder Landwirtschaftsminister*innen, seit 2023 sogar den Präsidenten. Im Bergbau schließen staatliche Unternehmen vielerorts Allianzen mit privaten Konzernen, was ebenfalls dazu führen kann, dass Politiker*innen von der Ausbeutung profitieren und sie deshalb unterstützen. Daneben verhindert vielerorts auch Korruption die Durchsetzung von Menschenrechten.

Die Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft ist kein Phänomen des Südens. Im Globalen Norden setzen Wirtschafts- und Finanzlobby mit guten Verbindungen und finanzstarker Ausstattung ihre Interessen durch.

Neoliberalismus und Finanzialisierung

Im Zuge des neoliberalen Dogmas vom schlanken Staat wurden seit den 1970er- und 1980er-Jahren Ausgaben für Bildung und Soziales gekürzt, staatliche Aufgaben privatisiert und damit zunehmend der Profitlogik unterworfen. In vielen Entwicklungsländern waren die Maßnahmen ein Teil der sogenannten Strukturanpassungsprogramme. Die Programme wurden von der

Weltbankgruppe vorgegeben und waren Bedingung für weitere Finanzhilfen und Kredite durch dieselbe.

Auch heute ist die Verschuldung vieler Volkswirtschaften im Süden hoch, sodass sie gezwungen sind, Kredite von internationalen Finanzinstitutionen zu deren Bedingungen aufzunehmen.

Gleichzeitig wurden Finanzmärkte dereguliert und gewinnen seit Jahrzehnten an Einfluss. Ihre Logik möglichst hoher Renditen durchdringt Wirtschaft und Gesellschaft immer stärker. Unternehmen wurden entsprechend restrukturiert. Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge etwa Bildung, Gesundheit und Pflege, die zuvor privatisiert wurden, sind davon zunehmend betroffen. So werden auch staatliche Mittel von privaten Investoren abgeschöpft, während Arbeitsbedingungen sich meistens verschlechtern und Qualität abnimmt.

Shrinking Space / Schwache Zivilgesellschaft und schwache Gewerkschaften

Zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Strukturen sind wichtig, um Menschenrechte durchzusetzen und zu schützen. Sie sind in Ländern des Globalen Südens jedoch oft schwach - und stehen sowohl in demokratischen als auch in undemokratischen Staaten unter Druck. Immer wieder werden sie durch gesetzliche Rahmenbedingungen geschwächt, kriminalisiert oder durch staatliche Sicherheitskräfte unterdrückt. Hinzu kommen öffentliche Diffamierung und Delegitimierung.

Die somit schwindenden Räume wurden in den letzten rund 15 Jahren unter dem Stichwort Shrinking Space diskutiert. Wie es in einzelnen Ländern um Arbeits- und Gewerkschaftsrechte steht, dokumentiert der Internationale Gewerkschaftsbund jährlich.

Schwache staatliche Institutionen

In Ländern des Globalen Südens sind die staatlichen Institutionen häufig schwächer. Deshalb gibt es zum Beispiel keine ausreichenden Kontrollen, um die Einhaltung von Arbeitsrechten zu gewährleisten.

Zudem können Arbeiter*innen ihre Rechte nur schwer einklagen. Denn das ist mit hohen Kosten verbunden und meist gibt es weitere Hürden, beispielsweise, weil Gerichte wenig Kapazitäten haben und sich Fälle über Jahre ziehen. Das schreckt viele davon ab, überhaupt für die eigenen Rechte vor Gericht zu ziehen.

Seite 3 von 4

HANDOUT ABSCHLUSSDISKUSSION 43

ZUM WEITERLESEN

Was Gewerkschaftsrechte sind und wie die ILO funktioniert, kannst Du u. a. im DGB-Bildungswerk-Themenheft "Gewerkschaftsrechte

werk-Themenheft "Gewerkschaftsrechte weltweit" (2019) nachlesen.

Zu Ungleichheit und Finanzialisierung und ihren Auswirkungen in unterschiedlichen Bran-



chen kannst Du im **DGB-Bildungswerk- Heft** "**Ungleichheit weltweit**" (2022) mehr lesen. Es geht dabei auch darum, wie die Verwirklichung von Menschenrechten kommerzialisiert wird und wie sich u. a. Gewerkschaften dagegen einsetzen (können).

Die Hefte enthalten auch immer Beispiele aus Ländern des Globalen Südens.

Im Heft "Unternehmen Ungleichheit" von Oxfam Deutschland (2024) gibt es kurz zusammen-



gefasste, anschauliche Infos zur Macht von Unternehmen.

MATERIALIEN ZU METHODE 2

MENSCHEN-RECHTE SICHERN

STATIONENLERNEN

AUFGABE STATION 1: ILO, GENF



Hier hat die Internationale Arbeitsorganisation ihren Hauptsitz. Um mehr über ihre Arbeitsweise und Herausforderungen, mit denen sie sich konfroniert sieht, zu erfahren, lest folgenden Text und füllt die Lücken mit den auf Seite 4 stehenden Wörtern aus. Die unterstrichenen Buchstaben ergeben das Lösungswort. Meldet Euch mit diesem Wort bei der Seminarleitung. Sie wird Euch sagen, wo die Reise als Nächstes hingeht.

Wächterin der Gewerkschaftsrechte: ILO

Sie hat das Mandat, internationale Arbeitsstandards zu setzen, also zu verhindern, dass Wirtschaftsstandorte versuchen, den Schutz und die Rechte von Arbeitenden abzubauen, wenn es ihnen gegen die Konkurrenz nützt. Damit ist die Internationale Arbeitsorganisation in Genf (ILO) die wichtigste UN-Organisation für die Ihre Kernarbeitsnormen haben den Status von Menschenrechten. Wie und warum die ILO trotzdem auch jetzt wieder um ihren Einfluss kämpft, erklärt Carolin Vollmann, Referatsleiterin in der Abteilung für Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik des DGB.
Besonders wichtig sind die sogenannten Kernarbeitsnormen, die auch als anerkannt sind. Für die Gewerkschaftsarbeit von herausragender Bedeutung sind vor allem zwei dieser Kernarbeitsnormen: die Nr. 87 zur und die Nr. 98 zur Tariffreiheit. Sie bilden die Grundlage für die Arbeit von freien und unabhängigen Gewerkschaften und werden häufig als " " (befähigende Rechte) bezeichnet. Die weiteren Kernarbeitsnormen betreffen beispielsweise das Verbot von Diskriminierung oder die Beseitigung von Kinder- und Sklavenarbeit.
Ihre besondere Stellung geht auf die "Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit" von 1998 zurück, die sie als universell gültig und für alle Mitgliedsstaaten der ILO verbindlich festlegte. Im Durchschnitt haben 172 Länder diese Kernarbeitsnormen ratifiziert. Das ist schon sehr gut. Bedauerlicherweise wird aber ausgerechnet das Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit mit nur 155 am wenigsten anerkannt. Auch wichtige Industrie- und Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und die USA gehören zu den Verweigerern.
Die ILO überwacht die Durchsetzung der Übereinkommen. Jede Regierung ist deshalb verpflichtet, der Organisation in Genf regelmäßig darüber zu erstatten, wie sie mit der Umsetzung vorankommt. Die

Sozialpartner können die Berichte anschließend kom-

mentieren und Verstöße melden. Auf dieser Grundlage erstellt der Sachverständigenrat der ILO, der aus 20

unabhängigen _____*___*___

besteht, seinen jährlichen Bericht. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf tritt der dreigliedrige Normenkontrollausschuss zusammen und entscheidet, welche der eingegangenen Verstöße behandelt werden. Die Sozialpartner diskutieren dann 24 Fälle und handeln Maßnahmen aus, mit denen die Verstöße beendet werden sollen. Eine solche Maßnahme kann sein, dass die Regierung weitergehend beobachten oder Bericht erstatten muss. Sie kann aber auch vorsehen, dass die ILO Unterstützung leistet, beispielsweise wenn es darum geht, Gesetzestexte zu formulieren. Es kann aber auch vereinbart werden, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die ins Land reist, um sich vor Ort ein Bild zu machen.

_____ sieht der Normenkontrollausschuss allerdings nicht vor. Er zielt in erster Linie darauf ab, die jeweilige Regierung international an den Pranger zu stellen. Damit ist der Druck, den er ausüben kann, begrenzt.

Derzeit werden grundlegende Gewerkschaftsrechte jedoch weltweit immer weniger geachtet und eingehalten. Zugleich steht das Konzept des Normenkontrollausschusses unter Beschuss. Der brasilianische Regierungsvertreter forderte 2019 bei der Internationalen Arbeitskonferenz, dass Regierungsvertretungen bei der Festlegung der Länderliste und dem Aushandeln der Schlussfolgerungen eingebunden werden. Eine betroffene Regierung hätte dann die Möglichkeit, durch internationalen Druck auf die anderen beteiligten Regierungen die Auswahl der Fälle und Folgemaßnahmen zu beeinflussen. So könnte sie selbst einer öffentlichen Rechtfertigung entgehen.

Der Angriff der Arbeitgebenden auf das Streikrecht

Aber auch die _____ versucht zunehmend, ILO-Standards wieder infrage zu stellen und zu torpedieren. Das zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des Streikrechts. Die neue Debatte darüber hat vor allem zwei Anlässe: das Ende der Systemkonkurrenz und die Aufwertung der Kernarbeitsnormen.

Während des Kalten Kriegs und der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus war es auch für die Arbeitgebenden opportun, für ein _____ einzutreten. Damit konnten sie eine Gegenposition zu Sozialismus und Kommunismus einnehmen, die dieses Recht nicht vorsehen. Seit 1989 entfällt diese Motivation und die Arbeitgebergruppe besinnt sich wieder auf ihre grundlegende Abneigung gegen das Streikrecht.

2015 handelten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite eine Vereinbarung aus, damit der Normenkontrollausschuss seine Arbeit wiederaufnehmen konnte. Die Arbeitnehmervertretung stimmt in dieser Vereinbarung der sogenannten Standard-Initiative zu – unter großen Vorbehalten. Denn diese Initiative sieht unter anderem vor, alle Übereinkommen auf Aktualität zu überprüfen. Die Gruppe der Arbeitnehmenden befürchtet, dass bestehende _______, die grundsätzlich progressivere Formulierungen enthalten und weitreichender ratifiziert sind, als veraltet eingestuft werden.

Allerdings enthält weder die Vereinbarung von 2015 noch eine Folgevereinbarung von 2017 eine Einigung darüber, wie die Übereinkommen 98 und 87 in Bezug auf das Streikrecht auszulegen sind.

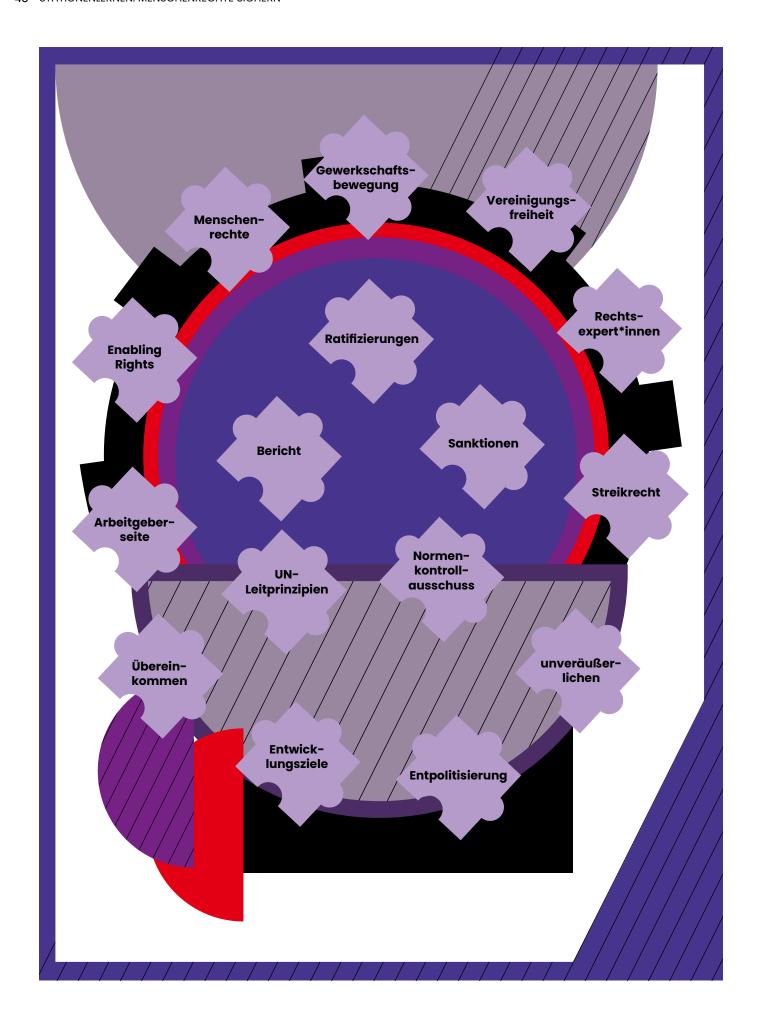
UN-Reform darf nicht zulasten der ILO gehen

Auch im System der Vereinten Nationen sieht sich die ILO neuen Herausforderungen gegenüber. UN-Generalsekretär António Guterres hat es sich zum Ziel gesetzt, die Effizienz und damit das Ansehen der Vereinten Nationen zu steigern. Dabei muss er Kosten sparen. Denn der Rückzug einzelner Regierungen aus dem multilateralen System wird zunehmend finanziell spürbar. Auch Mehrzahlungen von Regierungen, die über den regulären Betrag hinausgehen, verringern sich zusehends: Weil ihr Vertrauen in die Arbeit der UN schwindet, fördern viele Regierungen nur noch spezifische Programme. Das führt aber vor allem zu mehr Unübersichtlichkeit und entsprechender Ineffizienz, weil unterschiedliche UN-Agenturen parallele Projekte durchführen.

Guterres will die Kooperation zwischen den Agenturen nun fördern und die Arbeit des UN-Teams an den Regierungsprioritäten ausrichten. Die Reformpläne beinhalten auch die Verschlankung von UN-Präsenzen vor Ort. Um die Umsetzung der nachhaltigen ______ (SDGs) zu finanzieren, sollen auch private Gelder rekrutiert werden.

Für die ILO bedeutet das möglicherweise, dass sie nicht mehr an so vielen Orten wie bisher präsent sein kann. Dadurch könnte sich der Zugang für die Sozialpartner erschweren. Wenn sich Prioritäten dann auch noch verstärkt an (zum Teil gewerkschaftsfeindliche) Regierungen anlehnen, Kooperation und private Gelder die Arbeit stärker beeinflussen, ist zu befürchten, dass sich die Schwerpunkte der Arbeit der ILO verschieben. Das Kerngeschäft der ILO – also die Durchsetzung grundlegender Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte – könnte politisch weniger kontroversen Bereichen weichen wie beispielsweise der Beseitigung von Kinder- und Sklavenarbeit. Es droht die "—————————" der Organisation.

Auszug aus dem Text: Wächterin der Gewerkschaftsrechte: 100 Jahre ILO von Carolin Vollmann, in Gerkschaftsrechte weltweit (2019), herausgegeben vom DGB Bildungswerk.



AUFGABE STATION 2: INTERNATIONAL ACCORD, GENF

HERZLICH WILLKOMMEN BEI UNI GLOBAL UNION!



Wir sind in Genf beim globalen Gewerkschaftsverband UNI Global Union. Hier führen wir ein Interview mit Alke Bössiger, der stellvertretenden Generalsekretärin. Schaut Euch das Videointerview an und beantwortet dann die Fragen auf dem Arbeitsblatt. Achtung: Jede Frage kann mehrere richtige Antworten haben! Die Buchstaben der richtigen Antworten ergeben der Reihenfolge nach das Lösungswort. Meldet Euch mit dem Lösungswort bei der Seminarleitung. Sie wird Euch sagen, wo die Reise als Nächstes hingeht.

ARBEITSBLATT STATION 2

Interview mit Alke Boessiger von **UNI Global Union**

https://www.dgb-bildungswerk.de/ InternationalAccord



UNI Global Union ist ein internationaler Zusammenschluss welcher Gewerkschaften?

- **U.** Gewerkschaften des öffentlichen **Dienstes**
- **R.** Privaten Dienstleistungsgewerkschaften
- M. –Industriegewerkschaften

Welche Bereiche umfasst das Accord-Abkommen?

- E. Arbeitssicherheit
- L. Gewerkschaftsfreiheit
- **C.** Gebäudesicherheit

Zwischen welchen Vertragsparteien wurde das Accord-Abkommen abgeschlossen?

- A. Gewerkschaften in Bangladesch
- H. Mehr als 200 Handelsunternehmen
- T. Globalen Gewerkschaften (UNI Global Union und IndustriAll Global Union)

Welche Implementierungsmechanismen hat das Accord-Abkommen vor Ort?

- S. Inspekteur*innen, die Brandschutz und Gebäudesicherheit kontrollieren
- V. Schulungen für Arbeiter*innen und Management
- E. Anonymer Beschwerdemechanismus

R. – Arbeitsschutzausschüsse

Welche Durchsetzungsmechanismen hat das Abkommen?

- B. Interne Prozesse zur Konfliktlösung
- I. Verhandlungen vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof Den Haag
- N. Internationale Regeln zu Arbeitsbeziehungen und Schlichtungen

Welche Herausforderungen gibt es noch?

- D. Ausweitung des Abkommens auch auf a llgemeine Arbeitsrechte
- L. Ausweitungen des Abkommens auf weitere Fabriken und andere Länder
- I. Komplette Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen

Welches sind die wichtigsten Erfolge des **Accord-Abkommens?**

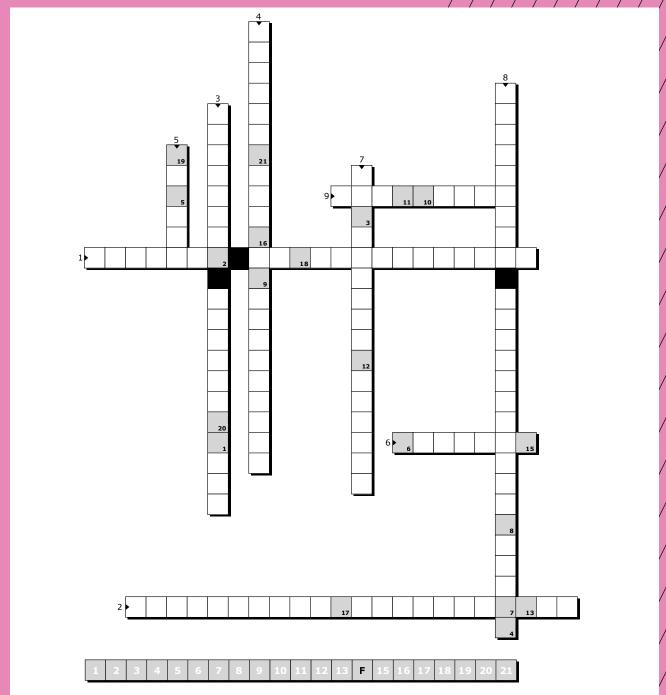
- C. Arbeiter*innen sind sicher an ihrem Arbeitsplatz.
- G. Die Arbeiter*innen können ihre Arbeitsrechte einklagen.
- H. Das Abkommen wird nun auf Pakistan ausgeweitet.

AUFGABE STATION 3: GLOBALE RAHMENABKOMMEN



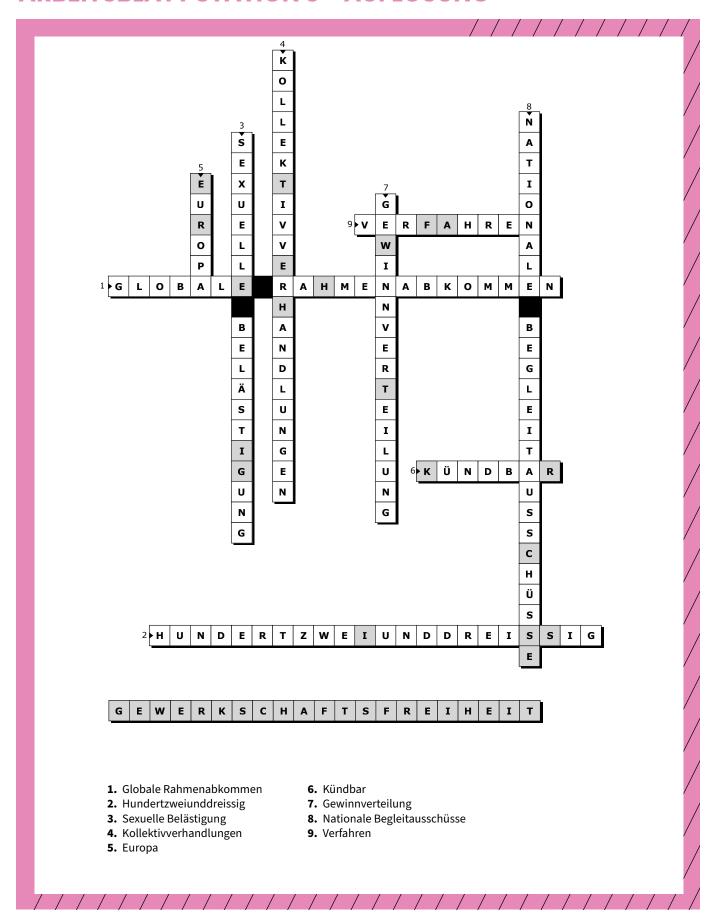
Hier treffen wir Nazma Akter, sie ist die Präsidentin der Awaj Foundation, die eine der größten Gewerkschaften in Bangladesch ist. Nazma berichtet, wie die Umsetzung von globalen Rahmenabkommen vor Ort aussieht. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung liefert ergänzende Informationen. Nutzt beide Texte, um das Kreuzworträtsel auszufüllen! Das Lösungswort ergibt sich aus den Buchstaben der grau umrandeten Kästchen im Kreuzworträtsel, schwarze Kästchen stehen für Leerzeichen zwischen Wörtern. Umlaute werden als Umlaute geschrieben. Meldet Euch mit der Lösung bei der Seminarleitung. Sie wird Euch sagen, wo die Reise als Nächstes hingeht.

ARBEITSBLATT STATION 3



- **1.** Wofür steht die Abkürzung GRA auf Deutsch (Singular)?
- 2. Weltweit sind etwas mehr als ... GRA in Kraft (Stand 2/2024) (Zahl ausschreiben).
- 3. Bei welchem Aspekt, Frauen betreffend, haben die GRA große Wirkungen erzielt?
- 4. Welchen Bereich muss man laut Nazma weiterhin voranbringen innerhalb der GRA?
- 5. Wo haben die meisten Unternehmen ihren Hauptsitz, die GRA unterschrieben haben?
- 6. Laut der HBS-Studie ist einer der Nachteile der GRA, dass sie freiwillig und jederzeit ... sind.
- 7. Nazma sieht eine gerechtere globale Macht- und ... als grundlegend für die Entwicklung der Produktionsländer und würdige Löhne an.
- **8.** H&M hat ... eingerichtet, die sich aus Vertreter*innen von IndustriALL, Gewerkschaften aus den Produktionsländern und von H&M zusammensetzen.
- 9. Die HBS-Studie sieht es als grundlegend an, dass die GRA nicht nur Standards, sondern auch konkrete ... zu deren Einhaltung festlegen.

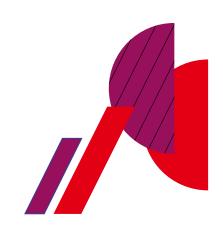
ARBEITSBLATT STATION 3 - AUFLÖSUNG



STATION 3 – HINTERGRUND:

"Globale Rahmenabkommen sollten rechtlich bindend sein"

Interview mit Nazma Akter, Gewerkschafterin aus Bangladesch, geführt von Sonja Gündüz im Auftrag des DGB Bildungswerks. Nazma Akter ist eine ehemalige Textilarbeiterin und Gründerin einer der größten Gewerkschaften in Bangladesch, der Awaj-Stiftung. April 2024



Sonja: Nazma, was ist ein globales Rahmenabkommen, kurz GRA?

Nazma: Ein GRA wird zwischen einem globalen Gewerkschaftsverband und einem internationalen Unternehmen (also der Marke) über die Bedingungen in der Lieferkette dieser Marke unterschrieben. Als lokale Gewerkschaft sind wir nicht Teil der Verhandlungen, aber die internationalen Gewerkschaften teilen den Entwurf mit uns und wir machen Anmerkungen und Empfehlungen. Wenn wir ein Problem haben, also sehen, dass das GRA nicht eingehalten wird, wenden wir uns an die internationale Gewerkschaft und sie unterstützt uns. Ich bin auch Mitglied im nationalen Koordinations-Komitee. Als Gewerkschaft arbeiten wir an der Implementierung des GRA und schulen die Arbeiter*innen und auch das Fabrikmanagement.

Wo siehst du Raum für Verbesserungen?

Die GRA sind freiwillig. Aber sie sollten rechtlich bindend sein. Und natürlich sollten mehr Handelsunternehmen GRA unterzeichnen. Ebenso sollten mehr Arbeiter*innen die Abkommen unterstützen, damit wir sie besser schützen können.

Aber der wichtigste Punkt ist, dass die Handelsunternehmen Kollektivverhandlungen unterstützen sollten, nicht nur allgemeine Gewerkschaftsrechte. Wir können zwar manchmal die Arbeitsplatzsicherheit der Arbeiter*innen schützen. Aber Kollektivverhandlungen sind grundlegend, wenn wir die Bedingungen verbessern wollen. Darauf müssen wir uns mehr konzentrieren.

Ist das Recht auf Kollektivverhandlungen nicht in den **GRA enthalten?**

Doch, das ist es. Aber wenn wir in der Praxis bessere Bedingungen und bessere Löhne verhandeln wollen, dann kommen uns die Unternehmen mit angeblich fehlenden finanziellen Kapazitäten oder fehlender finanzieller Solvenz. Sie sagen, sie könnten nur den Mindestlohn bezahlen, höhere Löhne seien nicht drin. Manche der internationalen Handelsunternehmen haben sogar ganz klar gesagt: Wir zahlen den Unternehmen vor Ort sehr geringe Preise für die Produktion und können ihnen nicht vorschreiben, dass sie die Arbeiter*innen besser entlohnen. Sie unterschreiben und verpflichten sich zur Vereinigungsfreiheit und zu Kollektivverhandlungen. Aber wenn wir bei diesen Verhandlungen keine höheren Einkommen verhandeln können, was bringt es dann?

Müssten die Markenunternehmen die lokalen Fabriken besser bezahlen?

Ja, die Markenunternehmen sollen den Lieferanten mehr Aufträge geben und sie besser bezahlen, die mehr für das Wohl der Arbeiter*innen tun, wo es eine Gewerkschaft gibt und Tarifverhandlungen durchgeführt werden. Aber in der Realität ist es das Gegenteil: Diejenigen, die keine Gewerkschaften haben, bekommen mehr Aufträge. Das ist unfair.

Also funktionieren die GRA nur teilweise, weil die Markenunternehmen sich vor Ort raushalten?

Was finanzielle Verbesserungen angeht, ja.

Helfen die Abkommen, die Arbeiter*innen zu schützen, wenn diese Gewerkschaften gründen wollen?

Ja! Daran gibt es keinen Zweifel. Dass das erreicht wurde, darüber bin ich sehr glücklich. Doch die Herausforderung sind weiterhin Kollektivverhandlungen.

Welche anderen Aspekte haben sich verbessert?

Die Arbeiter*innen haben mehr Jobsicherheit, sie werden nicht mehr einfach so entlassen. Auch die sexuelle Belästigung von Frauen hat sich in den Fabriken stark verringert, die Teil der Abkommen sind.

Der Fabrikeinsturz von Rana Plaza und andere Ereignisse, wo viele Menschen starben und schwer verletzt wurden, haben zudem dafür gesorgt, dass der Bangladesch Accord implementiert wurde. Dieser ist ein wichtiges Instrument. Unsere Arbeiter*innen sterben nicht mehr, obwohl es leider immer noch Unfälle gibt. Der Accord hat es nicht geschafft, dass Gesundheits- und Arbeitsschutz komplett implementiert wurde, aber die Bedingungen sind viel besser geworden.

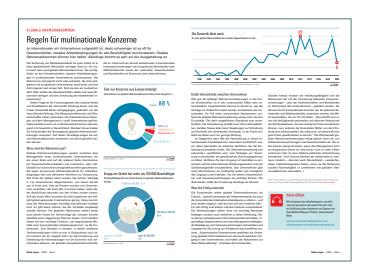
Was würdest du deutschen Arbeiter*innen sagen wollen?

Meine Brüder und Schwestern in Deutschland, euer Kampf ist unser Kampf und unser Kampf ist euer Kampf. Norden, Süden, wir haben ein Recht auf würdige Arbeit und darauf, am Arbeitsplatz respektiert zu werden. Wir brauchen Vereinigungsfreiheit und Gewerkschaftsrechte, einen Arbeitsplatz, der frei von Gendergewalt und sicher ist. Wir brauchen einen Living Wage – einen Lohn, der ein würdiges Leben ermöglicht.

Wir brauchen eure Unterstützung, denn wenn unsere Arbeiter*innen ihre Stimme erheben, werden sie getötet. Auch deutsche Unternehmen produzieren in unserem Land und machen große Gewinne. Diese Gewinne und die Macht sollten gerecht verteilt sein! Dafür brauchen wir eure Unterstützung, dafür müssen wir zusammenarbeiten. Es ist ein Kampf aller Arbeiter*innen.

STATION 3 - STUDIE:

Regeln für multinationale Konzerne, Böckler Impuls 2/2024



Link zur Studie:

https://t1p.de/wscp2



AUFGABE STATION 4: LIEFERKETTENGESETZ, BERLIN



Da sich freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen nicht bewährt haben, haben einige Staaten die Firmen per Gesetz zur Sorgfalt verpflichtet. In Deutschland etwa ist seit 2023 das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (kurz: LkSG) in Kraft. Vom DGB Bildungswerk erhaltet Ihr ein Factsheet dazu. Außerdem sprecht Ihr mit der Menschenrechtsorganisation Oxfam. Sie hat im Rahmen des Gesetzes eine Beschwerde gegen Rewe und Edeka eingereicht, weil bei Zulieferern Menschen- und Arbeitsrechte verletzt wurden.

Nutzt die Informationen, um die Dominokarten in die richtige Reihenfolge zu bringen. Wenn Ihr damit fertig seid, dreht Ihr sie um und habt das Lösungswort für die Weiterreise! **Geht damit zur Seminarleitung!**

DOMINOKARTEN



Start

Welche Menschenrechte umfasst das LKSG?

Gewerkschaftsfreiheit, Arbeitsschutz, Recht auf angemessenen Lohn, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Verbot von Diskriminierung

Was ist der größte Erfolg des LkSG?

TE GE

Unternehmen sind rechtsverbindlich verpflichtet, Menschenrechte te in ihren Lieferketten zu achten.

Was umfasst das LKSG nicht?

SELL

Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität und des Klimas.

Was sieht die 2024 verabschiedete EU-Lieferkettenrichtlinie vor?

SCHA

Ein Zivilklagerecht für Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen, sodass Opfer Ansprüche vor nationalen Gerichten und nach nationalem Recht geltend machen können.

Welche Aufgaben hat das BAFA?



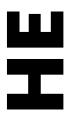
Überwachung und Kontrolle von Unternehmen

Welche Herausforderung gibt es beim Führen von Beschwerden?



Die Aufdeckung und das Belegen von Menschenrechtsverletzungen sind mit hohem Aufwand verbunden.

Welche Schwierigkeiten gibt es bei Zertifizierungen?



Arbeitende werden auf die Betriebsprüfung vorbereitet und eingeschüchtert.

Warum hat Oxfam gegen zwei Supermärkte Beschwerde beim BAFA eingelegt?



Abhilfemaßnahmen sollten ohne Einbezug von Stakeholdern bestimmt werden.

Was erhofft sich Oxfam davon, zwei Beschwerden gegen Supermärkte einzureichen?



Strukturelle Veränderung bei Einkaufspraktiken, die nachhaltige Lieferketten ermöglichen.

ENDE

SSE

STATION 4 - HINTERGRUND:

"Menschenrechte sind jetzt nicht mehr freiwillig, sondern haben einen rechtlichen Rahmen!"

Interview mit Steffen Vogel von der Menschenrechtsorganisation Oxfam Deutschland, geführt von Sonja Gündüz im Auftrag des DGB Bildungswerks. Steffen Vogel ist Referent für globale Lieferketten und Menschenrechte bei Oxfam Deutschland.

November 2023

Sonja: Oxfam hat Anfang November 2023 eine Beschwerde gegen die zwei Supermarktketten Rewe und Edeka beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht. Was war der Anlass für diesen Schritt?

Steffen Vogel: Seit 2018 vergleichen wir regelmäßig, wie es die größten deutschen Supermarktketten – Lidl, Aldi, Rewe und Edeka – mit den Menschenrechten halten. Und wir stellen jedes Mal fest, dass es in den Lieferketten Verstöße gibt. Jetzt wollten wir sehen, ob das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz es tatsächlich möglich macht, etwas dagegen zu tun.

Wie habt ihr die Beschwerde vorbereitet und abgesichert?

Wir haben zusammen mit Gewerkschaften vor Ort recherchiert und uns dabei für jeden Supermarktkonzern auf eine Zulieferplantage konzentriert. Dann haben wir anhand der Kriterien des Lieferkettengesetzes geprüft, welche geschützten menschenrechtlichen Rechtspositionen verletzt werden. Festgestellt haben wir: Vorenthaltung eines angemessenen Lohns, die Nichteinhaltung des Arbeitsschutzes, insbesondere was Pestizide angeht, Missachtung der Vereinigungsfreiheit, also fehlende Gewerkschaftsrechte, und Verfolgung von Gewerkschaften. Außerdem haben wir Hinweise bekommen, dass sogenannte schwarze Listen geführt werden und dass es Diskriminierung, also die Schlechterstellung von Gewerkschaftsmitgliedern, Frauen oder älteren Menschen, gibt.



Ihr habt also sehr grundlegende Verstöße festgestellt. Wie ging es dann weiter?

Unsere Ergebnisse haben wir im August 2023 den Supermärkten geschickt und sie aufgefordert, sich im Rahmen der Sorgfaltspflichten mit den Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen und einvernehmliche Lösungen für diese Missstände zu finden. Man kann sich auch sofort an das BAFA wenden. Aber wir wollten sehen, wie belastbar die Beschwerdemechanismen sind, zu denen die Unternehmen durch das Lieferkettengesetz verpflichtet sind.

Warum habt ihr genau diese Zulieferplantagen ausgesucht?

Es ist gar nicht so einfach, überhaupt herauszubekommen, wer die Supermarktketten beliefert. Lidl ist der einzige Supermarkt, der seine Bananenlieferkette komplett offenlegt. Bei den anderen Ketten haben wir mit unseren Unterstützer*innen Testkäufe gemacht und ganz detektivisch auf den Bananenkisten nach den Adressen der Plantagen gesucht. Wichtig war uns, dass wir vor Ort Zugang zu den Arbeiter*innen bekamen, sodass wir Interviews führen und uns selber ein Bild von der Situation machen konnten. Theoretisch hätten wir für viel mehr Fälle Material gehabt, aber die Recherche vor Ort und die Absicherung des Materials sind natürlich mit einem enormen Aufwand verbunden.

Wie haben die Supermarktketten reagiert?

Lidl und Aldi haben sich durchaus offen gezeigt, sich mit den Gewerkschaften vor Ort zu treffen und einen Lösungsprozess anzustrengen. In diesen Treffen haben wir Beweise vorgelegt, und es wurde begonnen, über Abhilfemaßnahmen zu sprechen. Daher sehen wir den Prozess auf einem guten Weg. Allerdings behalten wir uns auch hier vor, Beschwerde einzureichen, sollten in absehbarer Zeit keine konkreten Lösungen gefunden werden. Rewe und Edeka haben sich zwar mit den Gewerkschaften getroffen, aber einen Teil der Missstände abgestritten, Abhilfemaßnahmen wollten sie selbst oder zusammen mit den Rainforest-Alliance-Zertifizierern bestimmen – ohne die Betroffenen oder Gewerkschaften mit einzubeziehen. Da haben wir dann beschlossen, die Beschwerde beim BAFA einzureichen.

Im Rahmen der Gruppenarbeit sprechen wir in unserem Seminar auch über Menschenrechtsverletzungen beim Rainforest-Alliance-zertifizierten Rewe-Zulieferer Otisgraf. Auch Oxfam findet offenbar die Zertifizierungen nicht ausreichend vertrauenswürdig. Warum?

Rainforest Alliance ist etwa bei den Arbeiter*innen von Otisgraf völlig diskreditiert. In den Interviews berichten sie übereinstimmend, dass die Betriebsleitung sie auf die Audits vorbereite. Ihnen werde gesagt, was sie sagen dürfen und was nicht. Wer Missstände offen anspricht, müsse mit Entlassungen rechnen oder damit, auf eine schwarze Liste gesetzt zu werden, die dafür sorgt, dass kein anderer Arbeitgeber sie einstellt. Und wenn sie mit dem Zertifizierer dennoch über Missstände sprechen, bekäme die Farm das Zertifikat trotzdem. Rainforest Alliance nehmen wir also nicht als unabhängigen Akteur wahr. Ihr Interesse ist, möglichst viel zu zertifizieren – und nicht, dafür zu sorgen, dass Menschenrechte eingehalten werden.

Wie geht es mit der Beschwerde gegen Edeka und Rewe weiter?

Aufgabe des BAFA ist es nun zu prüfen, ob die Beschwerde substanziiert ist. Das ist unserer Meinung nach auf jeden Fall gegeben. Dann muss es die Sorgfaltspflichten der Supermärkte dagegenhalten: Sind sie angemessen im Sinne des Lieferkettengesetzes? Sind sie effektiv, um die Missstände abzustellen? Aus unserer Sicht sind sie nicht ausreichend. Dann kann das BAFA Maßnahmen anordnen, die der Supermarkt umsetzen muss, und im Zweifelsfall auch Bußgelder verhängen.

Was wird jetzt passieren?

Wir erwarten, dass das BAFA die Supermärkte dazu antreibt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, sodass die Menschenrechtsverletzungen abgestellt werden. Wir reden aber über zwei Präzedenzfälle mit relativ hohem Aufwand. Letztlich erhoffen wir uns, dass die Supermärkte auch strukturell etwas ändern. Sie profitieren enorm davon, dass in Ecuador und anderswo zu solch niedrigen Preisen produziert werden kann, und das geht nachweislich auf Kosten der Beschäftigten und der Natur. Die Supermärkte tragen als große Player in Deutschland mit Dumpingpreisen dazu bei, dass die Mindestlöhne und Arbeitsstandards nicht eingehalten werden. Denn eine umweltfreundliche und soziale Produktion wird immer teurer sein als das Ausbeutungssystem, das wir im Bananensektor erleben.

Wo siehst du Schwächen im Lieferkettengesetz?

Eine Schwäche ist die fehlende Möglichkeit der zivilrechtlichen Haftung: Menschen, die durch die Missachtung von Sorgfaltspflichten zu Schaden gekommen sind, bekommen keinen Schadenersatz.

Bald hilft aber die inzwischen verabschiedete EU-Lieferkettenrichtlinie, die eine zivilrechtliche Haftung vorsieht. Das deutsche Gesetz muss innerhalb von zwei Jahren an diese angepasst werden. Grundsätzlich haben Menschen, die in den Produktionsländern zu Schaden gekommen sind, dann die Möglichkeit, nach dem Lieferkettengesetz vor einem deutschen Gericht auf Schadenersatz zu klagen.

An anderen Stellen ist das deutsche Lieferkettengesetz aber auch stärker als die europäische Richtlinie, etwa bei der Zahl der betroffenen Unternehmen. Die wurde infolge der Enthaltung aus Deutschland stark verringert. Wir fordern von der Bundesregierung, dass die bislang vom Lieferkettengesetz erfassten Unternehmen auch künftig unter das Gesetz fallen.

Und wo siehst du die Stärken des Gesetzes?

Das Gesetz ist natürlich ein erster großer und wichtiger Schritt bei etwas, für das wir lange gekämpft haben. Wir sehen es sehr positiv, dass man nun Beschwerde einreichen kann und das BAFA mittlerweile anscheinend auch genügend Ressourcen und Kapazitäten hat, diese zu bearbeiten. Es hat auch die Möglichkeit, selber zu ermitteln und Informationen aus den Unternehmen einzufordern. Menschenrechte sind nun für die Unternehmen nicht mehr freiwillig, sondern haben einen rechtlichen Rahmen!

STATION 4 - HINTERGRUND:

Factsheet Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Juli 2024)

Für wen gilt das LkSG?

- Ab 1.1.2023 für Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten und ab 1.1.2024 für Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten in Deutschland
- Wo das Unternehmen seinen Hauptsitz oder welche Rechtsform es hat, ist dabei egal.

Die Rechtspositionen

Das LkSG beruft sich auf internationale Menschenrechtsübereinkommen, dazu gehören die ILO-Kernarbeitsnormen. Auch die lokale Gesetzgebung in Produktionsländern muss eingehalten werden.

- Das Verbot von Kinderarbeit, Sklaverei und Zwangsarheit
- Die Einhaltung der am Arbeitsort gültigen Arbeitsschutzrechte
- Die Gewerkschaftsfreiheit, also das Recht, Gewerkschaften zu bilden und Kollektivverhandlungen zu führen
- Das Verbot von Diskriminierung
- Ein angemessener Lohn
- Schutz vor erheblicher Schädigung des Bodens, Gewässer und Luft
- Das Verbot der Zwangsräumung und widerrechtlichen Landentzug
- Umweltbezogene Schutzgüter beziehen sich v. a. auf den Umgang mit (gefährlichen) Abfällen oder Stoffen

Die Sorgfaltspflichten der Unternehmen

- Eine Grundsatzerklärung zur Menschenrechtsstrategie verabschieden und präventive Praktiken in Geschäftsbereichen verankern
- Ein Risikomanagement, das unter anderem festlegt, wer betriebsintern zuständig ist und Risikoanalysen durchführt
- · Beschwerdeverfahren einrichten
- Bei festgestellten Rechtsverstößen Abhilfemaßnahmen ergreifen
- Dokumentation und Berichterstattung ans BAFA

Bereiche der Lieferkette

Die Unternehmen müssen sich für den eigenen Geschäftsbereich und die **gesamte Lieferkette** weltweit verantworten.

Risikomanagement und präventive Maßnahmen umfassen unmittelbare Zulieferer. Die Unternehmen müssen prüfen, ob der Vertragspartner entlang seiner Lieferkette identifizierte Risiken angemessen adressiert.

In der mittelbaren Lieferkette müssen die Unternehmen allerdings nur bei konkreter Kenntnis von Menschenrechtsverletzungen in Aktion treten.

Mitbestimmung

Mit Inkrafttreten des LkSG wurde das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) dahingehend geändert, dass die Geschäftsleitung den **Wirtschaftsausschuss** rechtzeitig und umfassend zu allen Fragen der unternehmerischen Sorgfaltspflicht in Lieferketten zu **unterrichten** hat. So können ausführliche Informationen über die Lieferbeziehungen und die Umsetzung der Sorgfaltspflichten erlangt werden.

Betriebs- und Personalräte, Aufsichtsratsmitglieder und Gewerkschaften können auf ihre gesetzlichen Rechte zurückgreifen:

- Betriebsrät*innen haben zwingende Mitbestimmungsrechte, etwa wenn bei der Umsetzung neue Verhaltensanforderungen eingeführt werden sowie beim Einsatz von IT-Tools zur Überwachung oder Leistungskontrolle.
- Da das LkSG auch die Beschäftigten im eigenen Betrieb schützt, überwacht der Betriebsrat die Umsetzung.
- Mitbestimmungsakteur*innen können selbst Beschwerdekanäle nutzen und Wissen über Risiken und Verstöße dort einbringen.
- Aufsichtsratsmitglieder können das Risikomanagement überwachen.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Das BAFA überprüft Berichte, führt Kontrollen durch, kann Unternehmen Handlungen vorgeben und Zwangsund Bußgelder verhängen und Unternehmen von öffentlichen Ausschreibungen ausschließen.

Worin unterscheidet sich die EU-Lieferkettenrichtlinie vom LkSG?

Sie führt explizit ein Zivilklagerecht ein und berücksichtigt Aspekte zum Klimawandel und zur Biodiversität stärker. EU-Staaten müssen sie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umsetzen.

ZUM WEITERLESEN

Ver.di Factsheet: Das LkSG https://t1p.de/r5a5j



Oxfam-FAQs

https://t1p.de/4gpt0



DGB-Bildungswerk-Themenheft Unternehmensverantwortung weltweit



https://www.dgb-bildungswerk.de/unternehmensverantwortung



AUFGABE STATION 5: LOKALER WIDERSTAND, INTAG



Proteste für die Freilassung eines Mitstreiters im Kampf gegen Bergbau.

Die Reise geht jetzt nach Ecuador. Hier treffen wir einige Vertreter*innen, die sich im Widerstand gegen das Vordringen von Bergbaufirmen in einem der Gebiete mit der weltweit größten Artenvielfalt befinden. Wir erfahren etwas über die Geschichte ihres Widerstandes. Lest den Hintergrundtext und beantwortet die Multiple-Choice-Fragen. Knackt dann den Code und tragt die Buchstaben in die Lücken des Lösungsworts ein. Meldet Euch mit diesem Wort bei der Seminarleitung. Sie wird Euch sagen, wo die Reise als Nächstes hingeht.

ARBEITSBLATT STATION 5

Was ist eine der Strat	egien zur Verhinderung des	Bergbaus?			
9) Die Einrichtung vo	on Computerzentren für die J	ugend			
14) Charity-Projekte f	ür die Armen				
19) Der Aufkauf von U	Irwald und seine Überschreib	ung an die Gemeinden			
Seit wann sind die In	tag-Bewohner*innen im Wi	derstand gegen den Bergbau?			
15) 1993	17) 2003	20) 2013			
Wie heißt eines der k Codelco-Konzern auf	leinen Dörfer des Chocó And lehnt?	dino, das sich gegen den			
19) Churimanga	7) Quito	12) Junin			
zung der Rechte der	Natur und fehlender Konsul				
9) Beim Obersten Geri	chtshof 6) Bei der UNO	3) Bei der Welthandelsorganisation			
	Bevölkerung stimmten bei d iemeinden gegen den Bergb	ler Volksabstimmung für den Chocó An- au?			
4) 77 %	9) 30 %	15) 90 %			
Welche Alternativen	zum Bergbau verteidigt die	lokale Bevölkerung?			
1) Landwirtschaft	2) Aufbau von Industrie	3) Holzexporte			
Intv Arcos ist überzei	ıgt, dass das Ergebnis der A	bstimmung zeigt:			
-	nen befürworten den Bergbau				
19) Landwirtschaft ur	nd Bergbau sind miteinander	vereinbar.			
18) Die Bewohner*innen wollen eine Entwicklung im Einklang mit der Natur.					
Lösungswort:	TÄT				

STATION 5 - HINTERGRUND:

Vielfältig, dezentral, kreativ gegen den Bergbau

Lokaler Widerstand in Ecuador und der Aufbau von Alternativen

Autorin: Sonja Gündüz I Februar 2024

Der Widerstand gegen den Bergbau bestimmt seit mehr als 30 Jahren das Leben im Intag-Gebiet im südamerikanischen Ecuador, das nach dem gleichnamigen Fluss benannt ist. Die Region ist Teil des Chocó Andino. Keine 200 Kilometer Luftlinie trennen die Regenwälder der pazifischen Küstenregion und die bis zu 6000 Meter hohen Anden. Diese außergewöhnliche Konstellation macht den Nebelwald nördlich der Hauptstadt Quito zu einem der artenreichsten Gebiete der Erde, in dem viele einzigartige Spezies leben. Tief unter den Wäldern liegen jedoch auch große Vorkommen an Rohstoffen, die internationale Bergbaukonzerne gern ausbeuten wollen.

Die Anwohner*innen sind vor allem in der Landwirtschaft tätig, die Produkte sind für den Export und den heimischen Markt gedacht. Raumgreifender Berg- und Tagebau mit neuen Stauseen, riesigen Abraumhalden und toxischen Abwässern würde nicht nur die Natur und den bäuerlichen Lebensstil der Menschen hier, sondern auch ihre Einkommensquellen gefährden. Sie haben deshalb zahlreiche Strategien entwickelt, wie sie sich gegen die milliardenschweren Bergbaukonzerne wehren können, die mit Unterstützung der Staatsmacht rechnen können. Ihren Widerstand haben sie in lokalen Parlamenten organisiert. Und sie haben es geschafft, ihn international bekannt zu machen.

Eine mögliche Strategie ist es, das Land in Gemeindeeigentum zu bringen und so über die Nutzung bestimmen zu können. Die lokale Nichtregierungsorganisation Decoin hat bislang 38 Naturreservate mit einer Fläche von insgesamt 12.000 Hektar aufgekauft und sie dann an Gemeinden und Dörfer überschrieben. "Das ist sehr effektiv", sagt Decoin-Präsident Carlos Zorilla. "Alle brauchen Wasser, und deshalb schützen die Bewohner*innen den Wald." Finanzielle Unterstützung erhält Decoin von internationalen Solidaritätsgruppen und NROs.

Besonderes Interesse haben die Bergbaukonzerne an dem kleinen Dorf Junin, in das man bisher nur über eine Schotterstraße gelangt, die dicht am Abgrund der bergigen urwaldbewachsenen Region vorbeiführt und bei Starkregen mit dem Auto manchmal nicht mehr befahrbar ist. Bei Junin liegt das größte Vorkommen der Region, eine Kupfermine, die im offenen Tagebau auszubeuten ist, geschätzter Wert 19 Milliarden US-Dollar. Das Reservat auf dem Berg über der Mine beherbergt nicht nur 23 Wasserquellen, sondern auch eine unberührte Tierwelt, inklusive Jaguar und Brillenbär.

Von 1993 bis 1997 erkundete bereits die japanische Firma Bishimetals die Mine, bis ihr die Spannungen mit den Anwohner*innen zu viel wurden. 2006 kamen dann Vertreter des kanadischen Unternehmens Copper Mesa Mining. Als die Dorfbewohner*innen ihnen den Zugang zur Gemeinde untersagten, wollten sie den Zugang mit Paramilitärs erzwingen. Doch die Einheimischen überwältigten sie in der unwegigen Urwaldlandschaft und setzten sie – aus Mangel an Alternativen – in ihrer Kirche fest.

Der Dokumentarfilmer Malcolm Rogge (siehe Filmtipp) hat den Konflikt in seinem Film "Unter reicher Erde" nachgezeichnet. So erlangte er internationales Aufsehen – und bald darauf zog sich das Unternehmen aus dem Projekt zurück.

Internationale Aufmerksamkeit und öffentliche Anklage seien ein sehr erfolgreiches Instrument, sagt Zorrilla: Keines der Unternehmen wolle mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden. Auch der Rechtsweg sei sinnvoll: Einige der involvierten Dorfbewohner*innen, die bei den Ausschreitungen verletzt worden waren, verklagten Copper Mesa Mining vor einem kanadischen Gericht und gewannen.

Im Jahre 2014 änderte sich die Lage jedoch wieder. Das chilenische Staatsunternehmen Codelco ging eine Allianz mit dem ecuadorianischen Staatsunternehmen Enami ein und wagte einen neuen Anlauf zur Ausbeutung der Kupfermine. Der ecuadorianische Staat sicherte den Weg nach Junin mit 400 Polizist*innen für die Firmen ab. Doch die Anwohner*innen geben bis heute nicht auf.

Aktuell kämpfen sie vor Gericht und argumentieren vor allem mit den Risiken für Umwelt und Artenvielfalt. "Am 29. März 2023 haben wir einen Prozess gewonnen, der die Minenexploration Codelcos vorübergehend gestoppt hat", berichtet Zorrilla. "Das war ein wichtiger Sieg für uns!" Mithilfe einer Studie hatten die Aktivist*innen Gefahren für die Wasserquellen nachgewiesen und auch, dass in dem Gebiet weltweit einzigartige Spezies leben, die durch die Arbeiten gefährdet wären. Der Landesgerichtshof erkannte, dass in der ecuadorianischen Verfassung verankerten "Rechte der Natur" verletzt worden seien, ebenso das "Recht auf eine vorherige, freie und informierte Abstimmung" der Bevölkerung. Allerdings hat der ecuadorianische Staatskonzern Enami bereits vor dem Obersten Gerichtshof Berufung eingelegt.

Doch nicht nur im Intag-Gebiet organisieren sich Bewohner*innen gegen den Bergbau. Ein anderer Teil des Chocó Andino im politischen Territorium des Großraums der Hauptstadt Quito machte im August 2023 weltweit Schlagzeilen: Die Regierung war gezwungen, zwei Referenden zu weiteren Explorationsvorhaben durchzuführen. Es ging um eine mögliche Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark und Bergbau im Chocó Andino. Jahrelang hatte eine Allianz aus Indigenen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen für diese Volksabstimmungen gekämpft – und tatsächlich politisierte der Schutz der ecuadorianischen Regenwälder Zehntausende Jugendliche und Student*innen, sodass es möglich wurde, die notwendigen Unterschriften zu sammeln.

Obwohl die Regierung aktiv Stimmung für die Vorhaben machte und trotz einer massiven Wirtschafts- und Sicherheitskrise war das Ergebnis beider Abstimmungen dann deutlich: 59 Prozent der Teilnehmer*innen aus ganz Ecuador stimmten gegen die Erdölförderung im Yasuní-Park und 68 Prozent der Hauptstädter*innen gegen Bergbau im Chocó Andino. In den direkt betroffenen Gebieten erreichte die Ablehnung des Bergbaus bis zu 77 Prozent.

"Das Ergebnis ist eine Botschaft nicht nur für Ecuador, sondern für den ganzen Planeten", sagt Inty Arcos. Er ist der Sprecher der Initiative "Quito ohne Bergbau", die den Widerstand in diesem Teil des Chocó organisiert. "Wir wollen einen Weg jenseits der Abhängigkeit von Rohstoffen! Wir wollen eine andere Entwicklung, eine, die auf dem Leben beruht, im Einklang mit der

Natur steht und uns erlaubt, uns als Menschen weiterzuentwickeln." Dennoch ist bisher unklar, ob der Staat die Entscheidung auch umsetzt. Der Rohstoffhunger der Industrienationen ist ungebremst. Der Widerstand braucht einen langen Atem.

ZUM WEITERLESEN

Artikel über die erfolgreiche Klage gegen Copper Mesa Mining aus dem "Toronto Star" vom 22.11.2009.

https://t1p.de/ru7m0



FILMTIPP

Der Film "Unter reicher Erde" (auf YouTube mit deutschen Untertiteln) erzählt eindrucksvoll die Geschichte des Widerstandes gegen den Bergbau in Intag und machte die Proteste international bekannt.

https://t1p.de/d7dkq



LÖSUNGEN:

Die Lösungswörter lauten:

Station 1 Internationale Arbeitsorganisation:

Kernarbeitsnormen

Station 2 International Accord:

Rechtsverbindlich

Station 3 Globale Rahmenabkommen:

Gewerkschaftsfreiheit

Station 4 Lieferkettengesetz:

Breite gesellschaftliche Bündnisse

Station 5 Lokaler Widerstand:

Solidarität

Achtung!

Bei Station 5 stehen die Nummern der Antworten für die Stellen der gesuchten Buchstaben im

Alphabet.

Stellwand für die Abschlussdiskussion Lieferketten-Int. Accord Glob. Rahmen-ILO Lokaler abkommen gesetz Widerstand Ziele und Arbeitsweise: Welche Ziele werden jeweils verfolgt und wie sollen sie erreicht werden? Akteure: Wer ist beteiligt und welche Aufgabe sollen welche Akteure übernehmen (Staaten, Organisationen, Unternehmen, Gewerkschaften etc.)? Rechte: Welche Rechte sollen durchgesetzt werden, handelt es sich um Arbeitsrechte, Gesundheitsschutz und Sicherheit, Umweltschutz oder weitere Menschenrechte? Hard Power/Soft Power: Welche Durchschlagskraft hat die Maßnahme? Ist sie rechtsverbindlich, gibt es Sanktionsmöglichkeiten, wenn keine Umsetzung erfolgt? Hintergrund: Was erfahrt Ihr über die Entstehung der Instrumente? Was gab Anlass und Möglichkeit, sie zu entwickeln?

Hinweis: Antworten sind im Handout "Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten" auf den Folgeseiten zusammengefasst.

HANDOUT //

Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechten

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Was soll die ILO und wie funktioniert sie?

- Ungleichheit bekämpfen, soziale Gerechtigkeit und Frieden herstellen
- Internationale Arbeits- und Sozialstandards entwickeln, ihre Umsetzung beobachten und Verstöße benennen
- Forschung, Dokumentation und technische Zusammenarbeit

Wer ist beteiligt?

- In der ILO kooperieren Vertretungen von Staaten, Arbeitgebern und Arbeitnehmenden
- ILO-Übereinkommen sind Standards, die Mitgliedsstaaten in nationales Recht umwandeln sollen.

Um welche Rechte geht es?

- Insgesamt 190 Übereinkommen, 206 Empfehlungen und echs Protokolle (Stand November 2024)
- Zehn davon sind die sogenannten Kernarbeitsnormen, die die grundlegenden Prinzipien und Rechte auf der Arbeit widerspiegeln: Sie sind universell gültig und für alle Mitgliedsstaaten der ILO verbindlich.

Was kann die ILO?

Die ILO kann Normverletzungen aufnehmen, öffentlich darüber berichten sowie Maßnahmen zur Beendigung von Verstößen beschließen und Unterstützung leisten, damit Mitgliedsstaaten Menschenrechte gewährleisten. Sanktionierungsmöglichkeiten hat sie nicht.

Wichtig zu wissen

Gegründet wurde die ILO im Rahmen der Versailler Friedensverhandlungen als Antwort auf Umbrüche, Verelendung und Ungleichheit, zur Sicherung von Frieden sowie als Gegenkonzept zum Kommunismus.

Der International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry (Accord)

Was soll der Accord und wie funktioniert er?

- Bekleidungsindustrie sicher und nachhaltig gestalten
- Transparenzvorgaben für Modemarken
- Inspektionen und Schulungen in Zulieferbetrieben und Beschwerdemechanismus garantieren

Wer ist beteiligt?

- Globale Gewerkschaftsverbände IndustriAll Global Union und UNI Global Union sowie Modemarken und Einzelhändler haben den Accord ausgehandelt.
- ILO als neutraler Vorsitz
- Nationale Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sind bei der Steuerung und als Beobachter beteiligt.

Um welche Rechte geht es?

- Gebäudesicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Textilindustrie
- Aktuell umfasst der Accord Bangladesch und Pakistan, die Ausweitung auf andere Länder ist beschlossen.

Was kann der Accord?

Der Accord ist ein rechtsverbindlicher Vertrag, der Kontrollen und Beschwerdemechanismen vorsieht. Verstöße können in internationalen Schiedsverfahren geahndet werden.

Wichtig zu wissen

Initialzündung war der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in Bangladesch mit mehr als 1000 Toten im Jahr 2013. Den dadurch entstandenen Druck auf die Modemarken, Verantwortung für die Bedingungen in ihren Zulieferfabriken zu übernehmen, verstärkten breite Bündnisse aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaften durch gemeinsame Kampagnenarbeit.

Seite 1 von 3

Globale Rahmenabkommen (GRA)

Was sollen GRA und wie funktionieren sie?

- Arbeitsrechte in der globalen Wirtschaft sichern
- · Einfluss auf die gesamte Lieferkette nehmen
- · Verhandlung zwischen Sozialpartnern

Wer ist beteiligt?

- Globale Gewerkschaftsverbände, internationale Unternehmen und Branchengewerkschaften handeln die GRA aus.
- Lokale Arbeitnehmervertretungen, transnationale Betriebsräte bzw. Betriebsräte am Stammsitz des Unternehmens sind bei der Umsetzung beteiligt. Teils braucht es zusätzliche Institutionen zur Steuerung.

Um welche Rechte geht es?

 ILO-Kernarbeitsnormen, und je nach GRA weitere Rechte und Prozessnormen. Derzeit sind 132 GRA aktiv (Stand November 2024), die jeweils ein internationales Unternehmen oder ganze Lieferketten umfassen.

Was können GRA?

GRA sind freiwillig und kündbar. Das Management muss also kooperativ sein. Je konkreter die Abkommen Verfahren und Zuständigkeiten formulieren, desto erfolgreicher sind sie.

Wichtig zu wissen

GRA sind eine Antwort der Gewerkschaften auf die Globalisierung der Wirtschaft seit den 1990er-Jahren. Sie entstehen in der Regel durch den Druck globaler Gewerkschaftsverbände und die Kampagnenarbeit von breiten Bündnissen.

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) und die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD)

Was soll das LkSG und wie funktioniert es?

- Unternehmen zur Achtung von Rechten in ihren Lieferketten verpflichten
- Dokumentation von Prozessen und Bedingungen auf allen Ebenen der Lieferkette unter Beteiligung der Stakeholder.

Wer ist beteiligt?

- Unternehmen und Arbeitnehmervertretung
- Einbeziehung von Stakeholdern
- BAFA als Kontrollinstanz bei der Umsetzung
- Jede Person ist berechtigt, Beschwerden beim BAFA einzureichen.
- Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen können zusammenarbeiten, um Verstöße aufzudecken und nachzuweisen und Beschwerde beim BAFA einzulegen.

Um welche Rechte geht es?

 Universelle Menschenrechte, ILO-Kernarbeitsnormen und Umweltabkommen sowie die Einhaltung lokaler Gesetzgebung

Was kann das LkSG?

Das LkSG ist rechtsverbindlich und sieht bei Nichteinhaltung Geldstrafen für Unternehmen vor. Im Zuge der Umsetzung des CSDDD, also der europäischen Lieferkettenrichtlinie, ist künftig ein Zivilklagerecht in den EU-Mitgliedsstaaten für Opfer von Verstößen geplant.

Wichtig zu wissen

Das LkSG ist Teil der Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch die deutsche Bundesregierung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans von 2016. Jahrelanger Treiber war ein zivilgesellschaftliches Bündnis unter Beteiligung der Gewerkschaften.

HANDOUT //

Lokaler Widerstand

Was soll lokaler Widerstand und wie funktioniert er?

- · Rechte von Arbeitnehmenden gegenüber Unternehmen und Staat durchsetzen
- Durch transnationale Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften weltweit für öffentliche Aufmerksamkeit sorgen und so Druck entwickeln
- Finanzierung über transnationale Zusammenarbeit mit NROs und Gewerkschaften

Wer ist beteiligt?

· Gemeinden, indigene Völker, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften

Um welche Rechte geht es?

· Kollektive Rechte, Rechte der Natur, Menschen- und Arbeitsrechte

Was kann lokaler Widerstand?

Lokaler Widerstand lebt von konkreten Aktionen, die das Spektrum von Öffentlichkeitsarbeit und Protesten bis hin zu Volksabstimmungen und juristischen Maßnahmen umfassen können. Die Wirkungen sollen sich ergänzen und so mehr Durchsetzungskraft entwickeln.

Wichtig zu wissen

Lokalen Widerstand hat es immer gegeben. Globalisierung und Internationalisierung von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Strukturen haben aber mehr Möglichkeiten für internationale Solidarität geschaffen. Diese kann die Aufmerksamkeit auch auf lokale Arbeitskämpfe lenken und deren Sichtbarkeit verstärken. Das wiederum erhöht die Kosten für Staat und Unternehmen, wenn sie ihre Interessen vor Ort gewaltsam durchsetzen wollen.

MATERIALIEN ZU METHODE 3

AKTEUR*INNEN, INTERSSEN, VERHAND-LUNGEN

ROLLENSPIEL AM RUNDEN TISCH

ROLLEN- UND TISCHKARTEN



Vorständ*in von Supermoda

Einer Eurer Zulieferbetriebe wird beschuldigt, Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz nicht eingehalten und durch ungefilterte Abwässer umliegende Gemeinden geschädigt zu haben. Genaues wisst Ihr nicht und wolltet es bislang auch nicht wissen. Denn im Prinzip seht Ihr nicht ein, dass Euer Konzern dafür verantwortlich sein soll.

Ihr wollt den guten Ruf des Konzerns wahren, um Umsatzrückgänge zu vermeiden. In erster Linie seid Ihr Euren Aktionär*innen verpflichtet und wollt die Kosten möglichst niedrig halten. Überlegt also, wie Ihr Euch zu den Anschuldigungen positioniert und wie die Strategie aussieht, mit der Ihr Eure Interessen und Ziele durchsetzen wollt.



Nachhaltigkeitsmanager*in von Supermoda

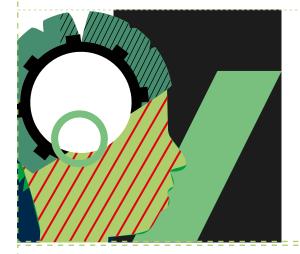
Ihr seid für die Nachhaltigkeit und für einen umweltfreundlichen und sozialen Ruf des Konzerns zuständig. Ihr beauftragt von Zeit zu Zeit Inspekteur*innen, die schon mal von kleineren Problemen in den Zulieferbetrieben berichten. Dass nun einer der Lieferbetriebe beschuldigt wird, Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz nicht eingehalten und durch ungefilterte Abwässer umliegende Gemeinden geschädigt zu haben, geht jedoch weit über Euch bekannte Probleme hinaus. Ihr wünscht Euch mehr Informationen.

Innerhalb des Unternehmens habt Ihr eine schwierige Position: Die Einkaufsabteilung etwa muss auf die Kosten der Beschaffung achten und hat deshalb andere Vorstellungen von den Prioritäten des Konzerns. Ihr selbst untersteht direkt dem Konzernvorstand. Er erwartet von Euch volle Unterstützung. Wenn Ihr die beanstandeten Zustände verbessern wollt, dann möglichst kostengünstig.

Überlegt also, wie Ihr Euch zu den Anschuldigungen positioniert und wie die Strategie aussieht, mit der Ihr Eure Interessen und Ziele durchsetzen wollt.

Seite 1 von 8

ROLLENSPIEL: RUNDER TISCH 93



Vorständ*in von Supermoda



Nachhaltigkeitsmanager*in von Supermoda

ROLLEN- UND TISCHKARTEN



Fabrikbesitzer*in aus Kambodscha

Eure Firma ist in den Fokus der Recherche geraten. Man wirft Euch vor, Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz nicht eingehalten und durch ungefilterte Abwässer umliegende Gemeinden geschädigt zu haben.

Ihr findet das eher ungerecht, da Ihr auch nichts anderes macht als andere Firmen, mit denen Ihr konkurriert. Der Preisdruck durch Supermoda ist enorm, aber Ihr tragt die Risiken für Arbeitsausfälle oder andere Vorkommnisse. Zugleich ist die Nachfrage von Supermoda nicht stabil, sondern ändert sich je nach Saison. Trotzdem seid Ihr auf den großen Kunden angewiesen und habt Angst, ihn zu verlieren.

Überlegt also, wie Ihr Euch zu den Anschuldigungen positioniert und wie die Strategie aussieht, mit der Ihr Eure Interessen und Ziele durchsetzen wollt.



Betriebsrat von Supermoda

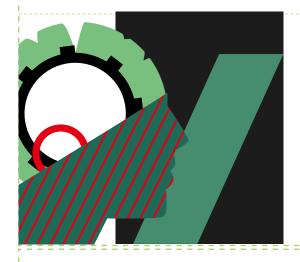
Ihr seid der Betriebsrat des deutschen Textilhändlers Supermoda und von den Arbeiter*innen eines Zulieferunternehmens in Kambodscha um Hilfe gebeten worden. Sie sagen, ihr Betrieb halte Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz nicht ein und schädige durch ungefilterte Abwässer die Gemeinden, in denen sie wohnen.

Ihr sorgt dafür, dass Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben und Arbeitsrechte und Vereinbarungen im Betrieb eingehalten werden. Die massiven Arbeitsrechtsverletzungen in der Zulieferkette wollt Ihr nicht hinnehmen, sondern unterbinden. Als Betriebsrat kennt Ihr aber auch die Umsatzzahlen und die Höhe der Dividendenausschüttungen an Aktionär*innen.

Überlegt also, wie Ihr Euch zu den Anschuldigungen positioniert und wie die Strategie aussieht, mit der Ihr Eure Interessen und Ziele durchsetzen wollt.

Seite 3 von 8

ROLLENSPIEL: RUNDER TISCH 95



Fabrikbesitzer*in aus Kambodscha



Betriebsrat von Supermoda

Seite 4 von 8

ROLLEN- UND TISCHKARTEN

VARIANTE (wenn der Betriebsrat moderieren soll)



Betriebsrat von Supermoda

Ihr habt zu diesem runden Tisch eingeladen.

Ihr seid der Betriebsrat des deutschen Textilhändlers Supermoda und von den Arbeiter*innen eines Zulieferunternehmens Eures Konzerns in Kambodscha um Hilfe gebeten worden. Sie sagen, ihr Betrieb halte Arbeitsrechte und Gesundheitsschutz nicht ein und schädige durch ungefilterte Abwässer die Gemeinden, in denen sie wohnen.

Ihr sorgt dafür, dass Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben und Arbeitsrechte und Vereinbarungen im Betrieb eingehalten werden. Die massiven Arbeitsrechtsverletzungen in der Zulieferkette wollt Ihr nicht hinnehmen, sondern unterbinden. Als Betriebsrat kennt Ihr aber auch die Umsatzzahlen und die Höhe der Dividendenausschüttungen an Aktionär*innen.

Als Einladende übernehmt Ihr die Moderation. Überlegt Euch, wie Ihr das angehen wollt. Die Moderation sollte neutral sein. Überlegt Euch, ob Ihr Euch an der Vorbesprechung anderer Gruppen beteiligt.



Mitarbeiter*in einer Nichtregierungsorganisation (NRO)

Ihr seid Mitarbeiter*innen einer NRO, die die Menschenrechtsverletzungen vor Ort aufgedeckt hat: Der Mindestlohn, den der Zulieferer zahlt, reicht kaum zum Leben, Arbeiter*innen arbeiten ohne Schutzkleidung mit Chemikalien, Abwässer werden nicht gefiltert und vergiften die umliegenden Gemeinden. Ihr habt mit den Bürgermeister*innen gesprochen, wissenschaftliche Untersuchungen beauftragt und könnt Daten zur Kontamination vorlegen. Da Ihr ordentlich Rabatz gemacht und den Fall in die deutsche Öffentlichkeit getragen habt, werdet Ihr nun auch an den runden Tisch eingeladen. Ihr wollt Arbeits- und Umweltrechte durchsetzen und mit dem Fall in Kambodscha generell auf die Probleme aufmerksam machen. Ihr wollt Druck aufbauen, um sektorweit Verbesserungen durchzusetzen.

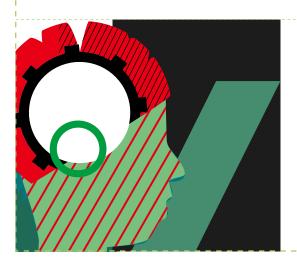
Überlegt Euch, wie die Strategie aussieht, mit der Ihr Eure Interessen und Ziele durchsetzen wollt.

Seite 5 von 8

ROLLENSPIEL: RUNDER TISCH 97



Betriebsrat von Supermoda



Mitarbeiter*in einer Nichtregierungsorganisation (NRO)

ROLLEN- UND TISCHKARTEN



Arbeiter*in aus Kambodscha

Die NRO hat Euch eine Informationsreise nach Deutschland bezahlt. Unter anderem kommt Ihr an diesem runden Tisch mit jemandem aus dem Vorstand des deutschen Konzerns zusammen, den Eure Fabrik beliefert. Ihr sollt dort von Euren Erfahrungen und den Problemen vor Ort berichten: Der Mindestlohn reicht kaum zum Leben, Ihr könnt konkrete Beispiele nennen: Die Arbeiter*innen, die mit Chemikalien arbeiten, haben nie Schutzkleidung gehabt, obwohl die vorgeschrieben ist. Die umliegenden Gemeinden, in denen Ihr wohnt, werden durch kontaminierte Abwässer vergiftet, die ungefiltert abgeleitet werden. Als Ihr Euch organisieren wolltet, um bessere Bedingungen zu verhandeln, wurden einige Leute fristlos entlassen, andere werden am Arbeitsplatz schikaniert, indem sie die schwersten Aufgaben zugeteilt bekommen. Auch das könnt Ihr genauer berichten.

Ihr wollt konkrete Verbesserungen für Euch und Eure Kolleg*innen erreichen sowie die Umweltverschmutzungen stoppen.

Überlegt Euch, welche Probleme Ihr vortragt, wie Ihr sie konkret machen könnt und welche Forderungen Ihr stellt. Was ist Eure Position gegenüber der Fabrik und dem Konzernchef? Mit welcher Strategie wollt Ihr Eure Forderungen durchsetzen?



Vertreter*in Globaler Gewerkschaftsverband

Ihr kennt die Situation, wisst, dass kein Mindestlohn gezahlt wird, Arbeiter*innen ohne Schutzkleidung Chemikalien ausgesetzt sind und die ungefilterten Abwässer des Betriebs umliegende Gemeinden kontaminieren. Ihr wollt ein Exempel statuieren, damit Gewerkschaftsfreiheit grundsätzlich garantiert wird, Arbeiter*innen sich organisieren und kollektiv verhandeln können. Die Arbeiter*innen vor Ort zu empowern, ist für Euch ein wichtiger Schritt zu nachhaltigen Verbesserungen. Doch im Textilsektor in Kambodscha gibt es bislang kaum starke gewerkschaftliche Organisierung. Ihr wollt deshalb Schulungen anbieten und rechtsverbindliche Instrumente zur Durchsetzung der Gewerkschaftsfreiheit, der Arbeitsrechte und des Gesundheitsschutzes voranbringen.

Überlegt Euch, welche Instrumente Ihr braucht und wie die Strategie aussieht, mit der Ihr Eure Interessen und Ziele durchsetzen wollt.

Seite 7 von 8

ROLLENSPIEL: RUNDER TISCH 99



Arbeiter*in aus Kambodscha



Vertreter*in Globaler Gewerkschaftsverband

Seite 8 von 8

Um die Diskussion zu lenken, kann die Seminarleitung während des Spiels an einzelne oder mehrere Akteur*innen Aktionskarten verteilen, die die Mitspielenden nicht lesen sollen. Hier sind einige Beispiele. Die Seminarleitung kann aber auch eigene Aktionskarten entwerfen.





Für alle:

• Suche Dir Allianzen!



Arbeiter*in aus Kambodscha:

 Fordere den Chef des internationalen Unternehmens auf, die höheren Kosten zu übernehmen, die würdige Arbeitsbedingungen verlangen!



Betriebsrat:

 Überprüfe, ob das Lieferkettengesetz in diesem Fall von Nutzen sein kann!



Globaler Gewerkschaftsverband:

 Versuche, ein rechtsverbindliches globales Rahmenabkommen durchzusetzen!



Arbeiter*in aus Kambodscha:

 Fordere einen existenzsichernden, würdigen Lohn!



Globaler Gewerkschaftsverband:

 Welche Aspekte sollen in das globale Rahmenabkommen aufgenommen werden?

Seite 1 von 2

ROLLENSPIEL: RUNDER TISCH 101



NRO:

 Überprüfe, ob das Lieferkettengesetz in diesem Fall von Nutzen sein kann!



Konzernvorstand:

Du willst rechtsverbindliche Vereinbarungen auf jeden Fall vermeiden!



NRO:

• Drohe mit der Presse!



Konzernvorstand:

 Schlage einen runden Tisch vor, an dem die Stakeholder in Kontakt bleiben und die Themen weiter diskutieren!



NRO:

 Fordere den Konzernvorstand auf, die höheren Kosten zu übernehmen, die würdige Arbeitsbedingungen verlangen.



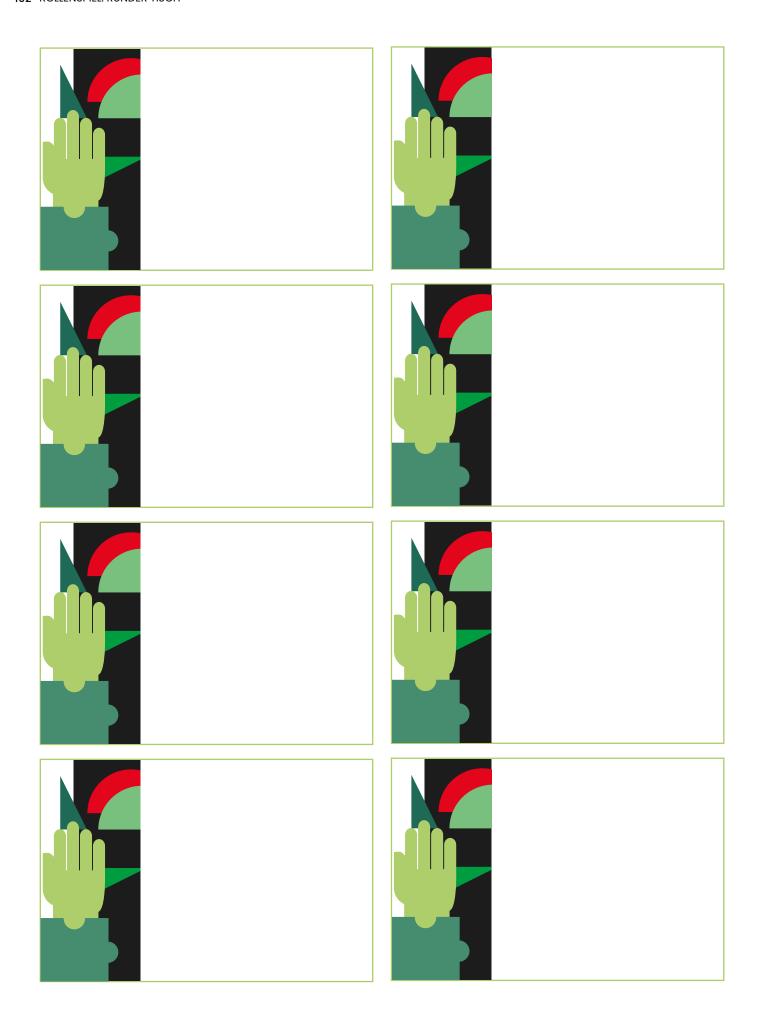
Fabrikbesitzer*in:

 Du verlangst vom Konzern bessere Preise und eine feste Liefermenge, damit Du die Forderungen erfüllen kannst!



Fabrikbesitzer*in:

 Du willst rechtsverbindliche Vereinbarungen auf jeden Fall vermeiden!



MATERIALIEN ZU METHODE 4

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

ZUKUNFTSWERKSTATT

ARBEITSMATERIALIEN FÜR DIE ZUKUNFTSWERKSTATT

Arbeitsblatt Zukunftswerkstatt – Etappe 1: Problemanalyse

Macht ein Brainstorming, welche Menschenrechtsverletzungen in Eurem Berufsfeld, in Eurem Gewerkschaftsbereich oder auch im Rahmen Eures privaten Konsums vorkommen. Notiert sie auf Zetteln, die Ihr an die Stellwand pinnt.

Überlegt, was Ihr über Zulieferer im Betrieb, Einkaufspraktiken und mögliche Probleme in der Lieferkette wisst. Dabei könnt Ihr Euch an den folgenden Leitfragen orientieren, aber auch ein eigenes Konzept entwickeln, das nah an euren persönlichen Erfahrungen ist. Ihr dürft Euch auch aufregen und Euren Frust loswerden.

Leitfragen:

- Was kauft Euer Betrieb ein?
- Wo und von wem kauft er es ein?
- Wie sind die Lieferketten dieser Produkte aufgebaut?
- Was wisst Ihr über Zulieferer? Wo ist ihr Arbeitsort? Unter welchen Umständen wird dort produziert?
- **//** Wer entscheidet über Einkaufspraktiken? Wer darf mitreden?

Recherchiert im Internet, wenn euch Informationen fehlen. Ihr findet vielleicht Berichte von NROs oder Gewerkschaften oder auch Zeitungsartikel zu Eurem Thema. Größere Unternehmen haben Geschäftsberichte oder Nachhaltigkeitsstrategien, die für Euch interessant sein können.

Eure Ergebnisse stellt Ihr nachher kurz im Plenum vor. Klärt unter Euch, wer das machen soll.

DGB BILDUNGSWERK

Arbeitsblatt Zukunftswerkstatt – Etappe 2: Utopien

Träumt und entwickelt Utopien! Viel zu oft lässt man sich von angeblichen oder tatsächlichen Hindernissen und Schwierigkeiten im eigenen Denken beschränken. Aber so entwickeln sich nie neue Ideen. Wäre wirklich alles nicht möglich, hätte es in der Menschheitsgeschichte kaum menschenrechtliche und soziale Fortschritte gegeben. Befreit Euch also von dem Gedanken, ob etwas umsetzbar ist oder realistisch. Überlegt ganz frei, wie die Welt aussehen soll. Dafür könnt Ihr diese Leitfragen nutzen:

Leitfragen:

- Wie sollten die Lieferketten aussehen?
- Wie sollten die Wirtschaftsbeziehungen sein?
- **Welche Arbeitsbedingungen sollten für die Menschen hier und anderorts vorherr-** schen?
- Wie sollen die Beziehungen zwischen Arbeiter*innen der verschiedenen Betriebe sein?
- Über welche Informationen sollten sie verfügen?
- Welche Rechte sollten originäre/indigene Volksgruppen haben?
- Wie sollten die Menschen in ihren Gemeinden im Globalen Süden leben dürfen?
- Wie soll die Umwelt im Globalen Norden und Süden aussehen?
- Wer soll das überwachen und durchsetzen?

Eure Ergebnisse stellt Ihr nachher kurz im Plenum vor. Klärt unter Euch, wer das machen soll.

Arbeitsblatt Zukunftswerkstatt – Etappe 3: Lösungsansätze

Entwickelt konkrete Lösungen! Entscheidet dazu zunächst, welche Probleme angegangen werden sollen. Dann überlegt Ihr, wer was anpacken kann – der Betriebsrat, Mitarbeitende, die Gewerkschaftsgruppe, Ihr persönlich bei Eurem privaten Konsum – und welche Instrumente Ihr dafür einsetzen wollt.

Dazu könnt Ihr diese Leitfragen nutzen:

Leitfragen:

- In welchem Umfeld könntet Ihr Euch für die Lösung des definierten Problems einsetzen?
- Wie wirken die verschiedenen Akteur*innen in diesen Umfeldern aufeinander ein und welche Hebelwirkungen lassen sich entwickeln?
- Kann eines der bislang gelernten Instrumente dazu dienen, an Informationen zu gelangen, die Euch fehlen, um das Problem genau umreißen zu können?
- **//** Gibt es Möglichkeiten für einen internationalen Austausch, um gemeinsam solidarische Maßnahmen zu entwickeln?
- Kann eines der Instrumente dazu dienen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern?
- Welche Kooperationsmöglichkeiten gibt es, um Eure Position zu stärken?

Eure Ergebnisse stellt Ihr nachher kurz im Plenum vor. Klärt unter Euch, wer das machen soll.



